

# DP

**DEUTSCHE POLIZEI**

06/20

Das Magazin  
der Gewerkschaft  
der Polizei

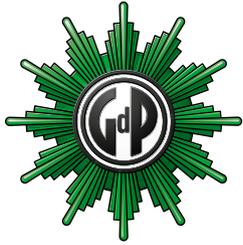


Polizei-  
ähnliche  
Behörde

Z O

**Die ziemlich  
unbekannte  
Polizei**

# Ein starkes Team für die Polizei!



**Gewerkschaft  
der Polizei**

**PVAG** Die Polizeiversicherung der  
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



**Für alle Polizeibeschäftigten bleiben wir gemeinsam am Ball.**

Als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei und des Zolls setzt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für Ihre beruflichen Belange ein. Die PVAG Polizeiversicherungs-AG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet Ihnen als berufsständischer Versicherer spezielle Absicherung und Vorsorge.

**GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!**

[www.gdp.de](http://www.gdp.de) – Telefon 030 3999210 – [gdp-bund-berlin@gdp.de](mailto:gdp-bund-berlin@gdp.de)

[www.pvag.de](http://www.pvag.de) – Telefon 0231 1352551 – [polizei-info@pvag.de](mailto:polizei-info@pvag.de)

**IN EIGENER SACHE**

Corona ist keineswegs vorbei. Ergriffene Maßnahmen haben die Ausbreitung verlangsamt. Das ist eine gute Nachricht. Jedoch wird der Geduldsfaden der Bevölkerung immer dünner. Einschränkungen werden zunehmend in Frage gestellt. Deutlich vernehmbare Rufe aus allen Teilen der Wirtschaft, Kultur und Freizeit, diese spürbar zu lockern, flankieren die Debatte. Und ein politisch dissonanter Chor der Landesregierungen singt ein Lied, das unseren Kolleginnen und Kollegen in den Ohren schmerzt, ja schmerzen muss.

Nicht nur Demonstrationen zum 1. Mai haben gezeigt, wie heftig die Polizei in das Kreuzfeuer zwischen der Erwartungshaltung der Öffentlichkeit und der Politik geraten ist. Die Aggression gegenüber den Einsatzkräften ist greifbar gestiegen. Sie werden immer stärker genötigt, interessierten Kritikern die verfassungsgemäße Verhältnismäßigkeit ihres Auftrages zu erklären. Instrumentalisierte Videosequenzen in sozialen Medien präsentieren Provokationen gegenüber der Polizei. Beamtinnen und Beamten werden in den virtuellen Welten bewusst vorgeführt. Eine zunehmende Zahl vermeintlicher Demokratieverteidiger arbeitet sich daran eifrig ab. Übrigens auch in den sozialen Kommentarspalten der GdP – zumindest bis zur Grenze des Zumutbaren. Die Stimmung ist gereizt und heizt sich auf.

Kurz vor Redaktionsschluss berichtete GdP-Vize Jörg Radek dem TV-Sender RTL von Spuckereien und Bedrohungen. Vor Wochen hatte die GdP die Politik gemahnt, mit einer Stimme zu sprechen. Das würde allen an den Schnittstellen wirkenden Beschäftigten Handlungssicherheit verleihen. Die müssen es auslöffeln.

Für die Redaktion  
Michael Zielasko

**IN DIESER AUSGABE**



Ohne Corona-Themen wird auch dieses Heft nicht auskommen. Aber: DP-Autor und Extremismus-Experte Dr. Florian Hartleb erörtert die Aktualität der sogenannten Hufeisen-Theorie. Und wir schauen auf eine „Polizei“, die viele nicht auf dem Schirm haben, den Zoll.

**Corona**

- 2 Solidarität und Engagement
- 4 „Polizeiliches Handeln muss erklärbar sein“
- 6 Fake News und Corona
- 7 Die Macht der Betriebswirte
- 8 Homeschooling auch ohne Corona

**Titel**

- 10 Die vergessene Polizei
- 14 Doch eine coole Truppe

**Hinterfragt**

- 18 Bessere Regeln, höhere Sanktionen
- 20 Als Polizist privat bei Instagram?
- 32 Das Hufeisenmodell – zeitgemäß oder Auslaufmodell?

**Hilfreich**

- 19 GdP-Plus – Eine starke Partnerschaft für Euch!

**Im Gespräch**

- 25 An normalen Tagen gehen bei uns 1.000 Pakete raus
- 34 Lösungen aus dem System heraus entwickeln

**Innenleben**

- 30 Die Richtung stimmt!
- 36 70 Jahre GdP

**Soziale Medien**

- 5 Was das Netz bewegt...

**Buchtipps**

- 17 Geldwäsche und Organisierte Kriminalität

**Forum**

- 38 Lesermeinung
- 40 Impressum

**WIR TRAUERN**

**Die GdP erreichten traurige Nachrichten. Abschied nehmen mussten unsere Kolleginnen und Kollegen von drei Polizisten, die an den Folgen einer Corona-Infektion gestorben sind.**

**Brutal erschossen wurde Ende April ein junger Beamter der nordrhein-westfälischen Spezialeinheiten bei einem Einsatz in Gelsenkirchen.**

**„Unsere tief empfundene Anteilnahme gilt den Hinterbliebenen sowie Kolleginnen und Kollegen der aus dem Leben gerissenen Beamten. Unsere Gedanken sind bei ihnen und ihren Lieben“, kondolierte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek.**

**Corona**

„Wir erwarten, dass sich viele solidarisch zeigen und sich engagieren!“



GdP-Vize Dietmar Schilff im Livestream des DGB am 1. Mai.

WAS AUCH NACH DER CORONA-ZEIT WICHTIG SEIN WIRD

# Solidarität und Engagement

## Dietmar Schilff

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Seit den ersten Meldungen über die Ausbreitung des Corona-Virus überschlugen sich die Ereignisse. Nichts ist jetzt mehr so wie vor der weltweiten Ausbreitung der Krankheit: Und es wird sich nach dem Abklingen der Infektionen einiges ändern, auch ändern müssen.

Wir wissen nicht, wie lange die Beschränkungen noch andauern werden. Klar ist aber, dass es nicht ausreichen wird, dass die Politik sich bei denjenigen, die das öffentliche Leben, die Versorgung und die Betreuung der Kranken, die Pflege von älteren

Menschen und auch die innere Sicherheit aufrecht erhalten haben, nur verbal bedankt.

Notwendig wird ein krasses Umdenken sein – weg vom Mantra des schlanken Staates, hin zur Stärkung und verbesserten Bezahlung dieser lebensnotwendigen Bereiche.

## Reiche, die immer reicher werden

Jahrelang wurde durch Verwaltungsreformen Personalabbau betrieben und der öf-

fentliche Dienst mit massiven Sparmaßnahmen zur sogenannten Konsolidierung der Haushaltslage benutzt. Die Privatisierung und Globalisierung – also die Verlagerung lebensnotwendiger Industrie und Herstellung von Waren inklusive dem Ausbeuten von Menschen in fremden Ländern – wurde vorangetrieben sowie Großunternehmen und wohlhabenden Menschen Vergünstigungen zugeschustert. Und sie wurden reicher und reicher.

Vieles davon war verkehrt. Jetzt zeigt sich deutlich, was die Politik zuvor auch hätte wissen müssen und worauf die Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fortlaufend hingewiesen haben: Wir brauchen einen handelnden und starken Staat, der den Menschen Halt gibt, und sie, soweit es geht, absichert. Diejenigen, insbesondere die liberalen Verfechter der sogenannten Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die immer wieder zur Eigenvorsorge aufrufen und mehr Flexibilität der Beschäftigten einfordern, müssten jetzt schlauer geworden sein.

## In Misskredit gebracht

Im öffentlichen Dienst sind derzeit 200.000 Stellen unbesetzt. Wenn die Generation der „Babyboomer“ weg ist, wird sogar mit 800.000 offenen Stellen gerechnet. Wer soll die Arbeit in den öffentlichen Bereichen dann machen, wenn sie weiter so unattraktiv bezahlt wird und das Arbeitsumfeld nicht stimmt? Über Jahrzehnte wurde der öffentliche Dienst von geneigten Ideologen populistisch schlecht geredet und in Misskredit gebracht. Er sei ein „Apparat“. Die Absicherung der Beschäftigten und sichere Arbeitsplätze wurden in Abrede gestellt. Das muss jetzt endlich ein Ende haben. Wir können gespannt sein, wer sich wie äußert, und wir werden ein Ende der Einsparorgien auf dem Rücken der Beschäftigten nachhaltig einfordern.

## Klientelpolitik

Schon jetzt gibt es wieder Akteure, die den Rotstift bei den ÖD-Beschäftigten ansetzen wollen, immer allen voran der selbsternannte „Bund der Steuerzahler (BdSt)“. Dieser eingetragene Verein ist mitnichten eine Ver-

einigung, die sich für den „normalen Steuerzahler“ einsetzt. Das bestätigt auch eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. So ist in Online-Quellen zu lesen, dass es zu 60 bis 70 Prozent Unternehmen aus dem gewerblichen Mittelstand, Freiberufler sowie Privatpersonen sind, die den BdSt unterstützen. Die Forderungen des BdSt sind: „Schlanker Staat“ und niedrige Steuersätze – natürlich vordringlich für seine Klientel.

Wir werden sicherlich weiter vom BdSt hören – von diesem von Eigeninteressen geleiteten Verein. Da dem so ist, und leider auch etliche in der Politik die Thesen des BdSt in der Vergangenheit zu den ihren gemacht haben, und dies auch wieder machen werden, heißt es weiterhin aufzupassen und eine konträre Position zu beziehen.

„Notwendig wird ein krasses Umdenken sein – weg vom Mantra des schlanken Staates, hin zur Stärkung und verbesserten Bezahlung dieser lebensnotwendigen Bereiche.

### Gewerkschaften betrieben Verbesserungen

In den letzten Wochen wurden seitens des DGB und der Einzelgewerkschaften unzählige Gespräche mit Regierungsverantwortlichen im Bund und auf Länderebene geführt. Mit großen öffentlichen Forderungen haben wir uns allerdings bewusst zurückgehalten. Bei etlichen Arbeitgebern, die noch große Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten, und die teilweise hier in Deutschland keine Steuern zahlen oder ihre Produktion ausge-

lagert haben, war das anders. Den Gewerkschaften ging es vorrangig um das Verringeren der Infektions- und Todeszahlen, den Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie das Abfedern der Arbeitslosigkeit, der Kinderbetreuung und der Unterstützung Hilfsbedürftiger.

Und auch das ist mir wichtig zu erwähnen: Verbesserungen wie bei Urlaubsregelungen, Bereitschaftsdiensten, das Aufstocken von Kurzarbeitergeld oder intensivierete Arbeitsschutzmaßnahmen sind nahezu ausschließlich auf Betreiben von Gewerkschaften erfolgt. Das sollten auch diejenigen zur Kenntnis nehmen, die immer noch meinen, Gewerkschaften wären überflüssig, aber dennoch dann alle Errungenschaften für sich in Anspruch nehmen.

### Gegenhalten

Die Forderungen von uns Gewerkschaftern sind weiterhin mehr als berechtigt, und wir werden auch künftig versuchen, diese durchzusetzen. Mit den Gewerkschaften werden auch Hunderttausende organisierte Beschäftigte dagegenhalten, wenn es wieder zu Einschnitten für den öffentlichen Dienst kommen sollte.

Unser Staat, unser Gemeinwesen, unser Gemeinwohl, unsere Demokratie kann nur mit einem gut aufgestellten öffentlichen Dienst funktionieren. Die innere Sicherheit kann nur mit ausreichend Personal und in allen Ländern sowie im Bund mit gleichen Gehalts-, Arbeits- und Lebensbedingungen gesichert werden. Dafür müssen wir unseren Föderalismus nicht aufgeben.

Diese Pandemie ist ein Stresstest für unser Gemeinwesen, für unser Zusammenleben, für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, für unsere Demokratie und erneut auch ein lauter Aufruf zur Lösung bestehender Missstände. Das ist auch nach der Corona-Zeit wichtig.

Wir erwarten, dass sich viele solidarisch zeigen und sich engagieren!

*Detlev Schuff*



**„Viele unserer freiwilligen Helferinnen und Helfer gehören zu den besonders gefährdeten Gruppen und bleiben daher zu Hause. Die Solidarität der Bevölkerung ist groß. Wir freuen uns, dass sich immer wieder Polizistinnen und Polizisten für die Gäste der Bahnhofsmission einsetzen.“**

**Christian Bakemeier**

Geschäftsführer Bahnhofsmission Deutschland e.V.

**„Die Menschen sind massiv verunsichert und melden sich mit zahlreichen Fragen, aber auch Beschwerden über Abzocke und Betrug bei den Verbraucherzentralen. Schutzmasken zu Wucherpreisen, vermeintliche Onlineshops, die nur kassieren, aber nicht liefern, oder Betrüger an der Haustür: Es gibt eine Welle an illegalen oder moralisch verwerflichen Angeboten. Die Verbraucherzentralen klären auf, geben Rat und werten Beschwerden aus – damit strukturelle Missstände behoben werden.“**

**Klaus Müller**

Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)

## Corona

GdP IN DEN MEDIEN

# „Polizeiliches Handeln muss erklärbar sein“

Seit Mitte März wehrt sich Deutschland massiv gegen das Corona-Virus. Für die Polizeibeschäftigten nehmen die Belastungen zu. Die einheitliche Linie der Politik schwindet. Bei Teilen der Bevölkerung stößt dies auf Unverständnis, sie werden unvernünftiger. Bestes Beispiel der 1. Mai. Und dann noch die Fußball-Debatte.

Wolfgang Schönwald



GdP-Mitglied Martin Feldmann ist Polizeioberkommissar in Berlin. Er vertritt die Stimme der Polizei im ARD-Talk „Hart aber fair“ Ende April zum Thema „Das Virus und wir: Wie erleben Menschen unser Land in der Corona-Krise?“.

Der neue sportliche Begriff Geisterspiele zieht inzwischen ein Millionenpublikum in seinen Bann. Pro und contra liegen dicht beieinander. Und mittendrin die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die Deutsche Fußball Liga (DFL) und die GdP rufen die Fans zur Vernunft auf, schrieb der Sportinformationsdienst (sid). GdP-Vize Jörg Radek appellierte in dem Bericht, im Fall eines Saison-Neustarts mit Spielen unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf Ansammlungen vor den Stadien zu verzichten. „Dies ist wegen steigender Ansteckungsgefahr für jeden Fuß-

ballfan unverantwortlich“, so der GdP-Vize in weiteren Interviews gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, der „Süddeutschen Zeitung“, dem ARD-Magazin „Brisant“ und dem Deutschlandfunk.

### Polizeikritik an unterschiedlichen Lockerungen

Der politische Wettbewerb der Bundesländer um erste Lockerungen der Bewegungs-

beschränkungen erschwere die Arbeit der Polizei, weil die Menschen wenig Verständnis für die unterschiedlichen Maßnahmen hätten, sagte Radek der „Augsburger Allgemeinen“. „Wir sind es der Demokratie schuldig, polizeiliches Handeln zu erklären, aber wenn die Unterschiede nicht mehr erklärbar sind, wird das schwierig.“

„In einer Notlage wie dieser Pandemie müssen die Maßnahmen, die von einer Verwaltung getroffen werden, transparent und vermittelbar sein“, betonte der Polizeigewerkschafter im Gespräch mit der „Rheinischen Post“.

Und dann tauchten noch Drohnen am Medienhimmel auf. Es wird gefragt, ob das ein Instrument sei, um Ausgangsbeschränkungen in der Corona-Krise zu überwachen? „Angesichts zunehmender Menschenansammlungen scheint dies sinnvoll, wenn sich die Polizei bei gutem Wetter einen Überblick über eine Grünfläche oder einen Park in einer Großstadt verschaffen will“, so der GdP-Vize zur Deutschen Presse-Agentur (dpa) und im WDR-Fernsehen. Drohnen könnten zur gezielten Ansprache von Gruppen genutzt werden. „Wir müssen aber sensibel damit umgehen.“

### Neue Enkeltrick-Masche eine ganz besonders schäbige Nummer

In diesen Wochen erkennen Polizei und damit auch Journalisten eine Verlagerung der Straftaten: Weg von Wohnungseinbrüchen und der klassischen Straßensriminalität wie Handtaschendiebstahl hin zu mehr Betrugsdelikten. „Für eine ganz besonders schäbige Nummer halte ich die neue Enkeltrick-Masche: Senioren werden von Betrügnern unter dem Vorsatz kontaktiert, dass deren Enkel Geld für eine Corona-Therapie brauchen“, berichtete Radek in einem TV-Beitrag des Bayerischen Fernsehens über Betrugsfälle in Pandemiezeiten. „Andere geben sich für Mitarbeiter des Gesundheitsamts aus, die überprüfen wollen, ob das Haus pandemiegerecht eingerichtet ist. Dass man so versucht, alten Menschen, die als Risikogruppe ohnehin verunsichert sind, das Geld aus der Tasche zu ziehen, halte ich für besonders asozial.“

Die Ausgangsbeschränkungen bedeuten dem GdP-Vize zufolge für viele Menschen

## Soziale Medien



### Besucht uns im Netz

-  GdP.de
-  gdp.bund
-  @gdppresse
-  gdp.de

ebenso einen Rückzug in den privaten und auch digitalen Bereich. „Der Onlinehandel nimmt zu und damit auch die Möglichkeiten von Cyberkriminellen, Straftaten zu begehen“, erklärte der Gewerkschafter der Onlineausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“. Das Bundeskriminalamt warnt deshalb vor angeblichen Corona-Tests, die an der Haustür verkauft werden.

### Mehr als 80 Interviews in 6 Wochen

Fazit der vergangenen Pandemie-Wochen: Die GdP bleibt ein viel gefragter Gesprächspartner. Die Abteilung Kommunikation erreichen Anrufe, E-Mails oder SMS. Mittlerweile wurden 82 Interviews zum Thema Corona vermittelt und organisiert. Und die Reihe ist lang: „Berlin direkt“ im Ersten, ZDF-„heute Journal“, BR, SWR, NDR, Welt TV, n-tv, RTL, Phoenix, MDR, „Bild“-Zeitung, „Frankfurter Allgemeine“, „Handelsblatt“ ... ■



**„Die Corona-Krise zwingt die Menschen, in der Familie zu bleiben. Hinzukommen Stressfaktoren wie finanzielle Sorgen und Zukunftsunsicherheit. Diese Spannung kann sich in Gewalt entladen. Unsere Opferhelfer kennen das von Festtagen wie Weihnachten: Wenn die Menschen tagelang zu Hause sind, gehen die Fallzahlen in die Höhe. Die Kontaktsperrung wegen Corona dauert aber sehr viel länger als Weihnachten, die Stressfaktoren sind auch größer. Wir müssen leider mit dem Schlimmsten rechnen.“**

**Jörg Ziercke**  
Bundesvorsitzender WEISSER RING



### #unsereGdP

GdP-Vize Jörg Radek sprach sich für eine Maskenpflicht aus. Die Maßnahme helfe Polizisten bei ihren Einsätzen: Schutz für die, die uns schützen.

### Ente gut, alles gut.

Gute Nachrichten aus Entenhausen-Bürzelstedt: Kommissar Schnabel und seine Kollegen haben an Ostern einen Ei-brecher dingfest machen können. Stark!



## Was das Netz bewegt...



### #aufeinwort

Als Gewerkschaft präsentieren wir uns auch in den sozialen Medien und treten mit unseren Mitgliedern in Kontakt. Die bewegendsten Inhalte von Facebook, Instagram und Twitter stellen wir hier vor. Ausgewählte Kommentare darauf bilden wir anonym ab. Unser Hinweis auf einen DP-Artikel zur Sprache der neuen Rechten sorgte im April binnen kürzester Zeit für hitzige Diskussionen. Ihre Sprache ist voll kruder und schmähernder Wortschöpfungen. Was sie eint, ist ihr Hass gegen das Fremde, ihr verachtender Blick auf unsere Demokratie und, nicht zuletzt, auch gegen unsere Polizei.



Der Beitrag ist sehr lesenswert. Ich bin froh, dass meine GdP klar Position bezieht und informiert. [...] Nicht einschüchtern lassen und gehalten.



Ja traurig, das sind Menschen ohne Gehirn [...]. Ihr seid spitze und passt auf euch auf.



Hallo GdP, [...]. Das Volk ist nicht doof, Sie aber auf dem linken Auge blind. Gewissenhafte Berichterstattung und Objektivität würde Ihnen gut stehen.



Dann erzählt bloß keinem, wie die Linken über die Polizei sprechen...

## Corona

„YouTube, Facebook und Co tragen in der Corona-Krise eine große Verantwortung. Die Plattformen werden missbraucht für gezielte Falschinformationen und krude Unwahrheiten.“ (...) Accounts, die Fake News verbreiten, können gesperrt werden“, sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht Anfang Mai zu „Welt am Sonntag“.

### NETZKAMPAGNEN

# Fake News und Corona

Fake News verbreiten sich in den Zeiten der Corona-Pandemie schneller als das Virus selbst. Panikmache, falsche Zahlen, angebliche „Fakten“ und Verschwörungstheorien verunsichern bei WhatsApp & Co. Was steckt dahinter?



**Dr. Stefan Goertz**

### „Die Eliten haben Corona erschaffen“

Die Verbreitung von Sars-CoV-2 wurde von Anfang an von kruden Verschwörungstheorien begleitet. Als Corona zu Jahresbeginn noch auf China begrenzt war, kursierten bereits Spekulationen zu dessen Ursprung. Wahlweise stamme das neuartige Virus aus einem „Labor in Wuhan“, oder von „geldgierigen Geschäftsleuten“ rund um Bill Gates, die bereits ein Patent darauf angemeldet hätten. Auch der US-Milliardär George Soros und Israel wurden in sozialen Medien als Corona-Urheber beschuldigt. An gleicher Stelle: „Das Virus wurde von der Pharma-Lobby gezüchtet, um Profit mit einem Gegenmittel machen zu können“, es wurde „erschaffen als Maßnahme gegen Überbevölkerung“, es „wird als Biowaffe und Machtinstrument einer Elite benutzt“, etwa einer zionistischen US-amerikanischen und israelischen Lobby.

Geprägt sind diese Falschnachrichten von einer einfachen Zweigliedrigkeit: Auf der einen Seite stehen die finsternen Verschwörer, „die Eliten“, „Regierungen und die Mächtigen der Wirtschaft“, auf der anderen Seite die „Opfer der Verschwörung“, also das „einfache Volk“. So funktioniert die simple Struktur von Corona-Fake-News.

Fraglich bleibt, warum „die Eliten“ eine Pandemie hätten erschaffen sollen. Die Maßnahmen zur Eindämmung von Corona verursachen allein in Deutschland Schäden in Höhe von Hunderten Milliarden Euro und könnten die gesamte Weltwirtschaft in eine schwere Krise stürzen. Welche Regierung sollte daran ein Interesse haben?

### Gesunde Skepsis

Untersuchungen von Medienwissenschaftlern zufolge hat die Verbreitung von Fake News und Verschwörungstheorien durch die Corona-Krise ein bislang ungekanntes Ausmaß erreicht. Daher ist eine gesunde Skepsis gegenüber der Verharmlosung der Pandemie einerseits sowie einer übertriebenen Panikmache andererseits mehr denn je angebracht. Vor allem wenn es darum geht, eine Nachricht, eine Video- oder Audiobotschaft an Familie, Freunde, Bekannte oder Kollegen weiter zu leiten. Fake News lassen sich nur stoppen, wenn man sie nicht weitergibt! ■

„Das Coronavirus wurde in einem Labor gezüchtet“, die „Corona-Krise war seit Langem von Politikern geplant“, „die Maßnahmen der Bundesregierung und Landesregierungen sind schlicht überzogene Panikmache“. Solche und ähnliche sogenannte Fake News werden seit dem weltweiten Voranschreiten der Pandemie in Videos und Texten massenhaft in sozialen Netzwerken verbreitet. Nach Angaben einer Datenrecherche von NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“ wurden 19 solcher fragwürdigen „YouTube“-Videos in sechs Wochen rund zwölf Millionen Mal in Deutschland angesehen. Journalistische Faktenchecks, die Inhalte genau dieser Videos und Texte überprüft haben, wurden dagegen zwanzig Mal weniger geteilt und erreichten demnach viel weniger Menschen hierzulande.

### Informationen statt Fakten?

Fake News führten in den vergangenen Wochen zu unverhältnismäßigen Hamsterkäufen und könnten dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zufolge

im schlimmsten Fall gar zu Massenpaniken führen. So rät das BSI auf seiner Website Bürgerinnen und Bürgern, sich ausschließlich auf die Informationen der Behörden und offizieller Stellen zu verlassen, also auf das Robert-Koch-Institut, die Bundesregierung und die Landesregierungen.

BSI-Sprecher Joachim Wagner erklärte dem Südwestrundfunk, die Behörde setze im Kampf gegen Fake News vor allem darauf, Nutzerinnen und Nutzer über die Funktion von Fake Accounts und sogenannten Bots in Messenger-Diensten aufzuklären. Meist seien es diese automatisierten Accounts, verbunden mit den entsprechenden Algorithmen, die Falschnachrichten massenhaft im Netz verbreiten. Nicht der einzelne User, der dem Post auf den Leim geht.

Das Problem an Fake News: Haben diese sich im Internet verbreitet, werden sie hunderttausendfach geteilt und geliked, tauchen immer wieder in den Timelines der Nutzer auf und werden auch nach Jahren wieder hochgespült, unter anderem durch Jahresrückblicke, die Facebook automatisiert für jeden User anbietet. So entwickeln Falschmeldungen eine Dynamik, gegen die mit Aufklärung nur schwer anzukommen ist.

## Corona

Wenn man nur einmal die Zahl auf frischer Tat auf Streife festgenommener Straftäter in Relation zur Zahl der Verurteilungen und Haftstrafen setzen würde, dürfte betriebswirtschaftlich gesehen kein Streifenwagen mehr ausrücken.

### BILANZEN VOR FAKTEN?

# Die Macht der Betriebswirte

DP-Autor Rainer Becker wünscht sich den Blick zurück. Es ist durchaus eine rückwärtsgewandte Perspektive, die heute wieder modern und zeitgemäß erscheint. Ein Plädoyer für Polizeiarbeit ohne zu viel Controlling.

Rainer Becker



Es gab eine Zeit, in der man überall dort sparte, wo es mehr oder weniger möglich erschien. Ein erlebtes Beispiel: Ein Beamter war von der Wirtschaftsverwaltung seiner Polizeidirektion aufgefordert worden, zu rechtfertigen, warum er nach einer Alarmauslösung acht Funkstreifenwagen für die Besetzung von Sperrpunkten eingesetzt hatte. Den Alarm hätte der Geschäftsinhaber begleichen müssen, aber die Frage war, ob nicht auch vier Wagen gereicht hätten?

Die Antwort des Kollegen: Es sei nicht die Aufgabe des taktischen Führers, sich an Wirtschaftlichkeitskriterien der Wirtschaftsverwaltung zu orientieren, sondern an einem möglichen polizeilichen Erfolg – damals. Es wurde nie wieder nachgefragt – damals. Und im Studium wäre es in einer fiktiven Einsatz-

lage ein schwerwiegender Mangel gewesen, nicht mindesten ein Drittel bis ein Sechstel der Kräfte als Reserve vorzuhalten – damals.

Und heute? Da wäre es wohl eher ein schwerwiegender Mangel, nicht vorläufig auf eine Reserve zu verzichten.

Es wurden Fahrzeuge, Hallen für Fahrzeuge und situativ notwendige Personalreserven abgeschafft. Man machte sich über Polizeibeamte lustig, die gleichzeitig Polizisten, Busfahrer oder Köche waren.

Heutzutage hält der angestellte Busfahrer zehn Kilometer vor dem Einsatzort an und lässt die Kräfte aussteigen. Laut Arbeitsschutzregelungen ist er nicht verpflichtet, sich in Gefahr zu bringen. Ähnliches ist auch in sozialen wie medizinischen Bereichen festzustellen.

### Mehr oder weniger?

Warum? In den angeführten Bereichen waren Arbeitsergebnisse im betriebswirtschaftlichen Sinne häufig nur sehr schwer messbar oder zu bewerten. Wie wollte man die Kosten in Relation zum Nutzen setzen, wenn ein Mann seine Kinder nur noch zwei statt bisher fünf Mal die Woche schlug? Oder wenn ein Kind in der Zeit des Einsatzes eines Familienhelfers nur noch halb so viele Ladendiebstähle beging?

Oder wenn ein Straftäter zu drei statt fünf Jahren Haft verurteilt wurde? Wären zwei Jahre mehr Haft erfolgreicher oder gar wirtschaftlicher gewesen? Ganz zu schweigen von den Kosten eines Zellenplatzes und dem Ausfall der Arbeitskraft des Inhaftierten für das System?

Und wie wollte man Personal-, Raum- und Materialreserven rechtfertigen, die zumindest zum Zeitpunkt der Überprüfung nicht gebraucht worden wären? Begriffe wie Kosten-Leistungsrechnung, Nutzwertanalyse und andere waren und sind nicht auf soziale Arbeit übertragbar.

Woran wird überhaupt der Erfolg einer polizeilichen Maßnahme gemessen? An der Aufklärungsquote? An der Zahl der angeklagten Fälle? An der Zahl von Verurteilungen oder gar der Verurteilungen nach Jahren an Freiheitsstrafe?

Wenn man nur einmal die Zahl auf frischer Tat auf Streife festgenommener Straftäter in Relation zur Zahl der Verurteilungen und Haftstrafen setzen würde, dürfte betriebswirtschaftlich gesehen kein Streifenwagen mehr ausrücken. Weil es sich nicht rechnet – und noch nie gerechnet hat. Aber die Bürger hierzulande erwarten trotzdem, dass die Kolleginnen und Kollegen Streife fahren und bereit sind, im Notfall intervenieren zu können.

Beantwortet werden sollte jedoch auch, was eine Gefangenzelle einschließlich Unterhalt und Wachpersonal den Steuerzahler kostet. Auch die vielleicht vorhandene Familie des Straftäters, die durch die Inhaftierung des „Ernährers“ nicht selten in die Grundsicherung nach Hartz IV abrutscht, und so mitbestraft wird. Die Solidargemeinschaft finanziert dies mit. Eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Maßnahme?

Der aktuelle Corona-Aktionismus, so schnell wie möglich fehlende Personalreser-

ven, abgeschaffte Räumlichkeiten und adäquate Technik wieder für die „erkrankte“ Intensivmedizin zu akquirieren, stellt den Fehler von damals bloß. Den gilt es nun zu heilen – und zwar nachhaltig – über die Corona-Krise hinaus.

### Betriebswirtschaft passt nicht überall

Betriebswirtschaftliche Analysen machen Sinn, wenn die Entscheider in Politik und Verwaltung auf angespannte Haushaltslagen verweisen und Einsparpotenziale identifizieren. Mehr aber auch nicht.

Aber darf es sein, dass auch in der Polizei Betriebswirte Entscheidungen darüber treffen, ob etwas gemacht wird oder nicht? Oder sogar darüber, wie etwas zu machen ist? Der gesunde Menschenverstand sagt, dass künftig wieder die Experten entscheiden sollten. Das Rad gehört zurückgedreht. ■

### CORONA-STIMMEN

**Im April haben die Beratungskontakte im Bereich Häuslicher Gewalt/Gewalt in (Ex-) Paarbeziehungen um rund 17,5 Prozent zugenommen. Die Beraterinnen leisten weiterhin psychosoziale Erstberatung und vermitteln an Unterstützungseinrichtungen vor Ort weiter. Allerdings zeichnet sich ab, dass die wichtige Lotsenfunktion zu den Hilfseinrichtungen vor Ort nur eingeschränkt wahrgenommen werden kann. Immer mehr Einrichtungen vor Ort schließen und sind dann nur telefonisch erreichbar.**

Hilfetelefon  
„Gewalt gegen Frauen“

## Corona

### BILDUNG

# Homeschooling auch ohne Corona

Kinder nicht in die Schule zu schicken ist hierzulande verboten. Manche Eltern unterrichten trotzdem zu Hause – nicht wegen einer Epidemie, sondern weil sie dem Staat misstrauen. Diese Einstellung macht „Freilerner“ anfällig für rechte Ideologien.

Thomas Gesterkamp



**H**omeschooling wurde in Corona-Zeiten zum geläufigen Begriff für den pädagogischen Ausnahmezustand, für zugesperrte Schulen und überforderte Eltern. Und für Lehrkräfte, die sich mit der unzureichenden digitalen Infrastruktur der meisten Bildungseinrichtungen auseinandersetzen müssen. Verzweifelt versuchen sie, virtuell weiter zu unterrichten und den Kontakt zu Schülerinnen und Schülern über Onlinekanäle aufrecht zu erhalten.

Ursprünglich aber bezeichnet Homeschooling ein ganz anderes Phänomen, das mit pädagogischen Improvisationen im Krisenmodus wenig zu tun hat. Es geht um Eltern, die sich bewusst dem staatlichen Bildungsauftrag entziehen wollen.

Die bekanntesten deutschen Schulverweigerer leben demnach bei Darmstadt im Odenwald. Petra und Dirk Wunderlich sind religiöse Fundamentalisten. Ihre Kinder mit

den biblischen Namen Machsejah, Joshua, Hananjah und Serajah wollen sie unbedingt vor jeder antichristlichen Einflussnahme bewahren. Schädliche Wirkungen fürchten sie vor allem in der Institution Schule. Als 2005 die älteste Tochter sechs Jahre alt wurde, weigerten sich die Eltern, der gesetzlichen Schulpflicht nachzukommen. Stattdessen unterrichteten sie ihr Kind zu Hause, wie später auch die jüngeren Geschwister.

### Ignorierte Briefe

2013 kam es zur ersten Konfrontation mit den Behörden. Über Jahre hatte die Familie deren Briefe ignoriert, jetzt stand die Polizei vor der Tür. Das Jugendamt nahm den Jungen und die drei Mädchen vorsorglich „in Obhut“, sie konstatierten „Kindeswohlgefährdung“. Nach wenigen Wochen durften

## „Gemeinsamer ideologischer Kern ist ein Grundmisstrauen gegenüber dem Staat.

sie zurückkehren, die Eltern hatten zugesichert, sie nun doch eine Schule besuchen zu lassen. Doch die Einigung war von kurzer Dauer. Bald blieben die Kinder wieder daheim, jahrelange Prozesse folgten. Sie gipfelten 2017 in einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Straßburger Richter wiesen die Klage der Eltern schließlich ab, sie konnten weder eine Missachtung des Privatlebens noch eine Beschränkung der Glaubensfreiheit erkennen.

### Moderne Sklaverei

Die Wunderlichs und ihr hartnäckiger Kampf gegen die „moderne Sklaverei“, wie sie Vater Dirk nennt, sind ein extremes Beispiel. Auch andere Familien, die ihrem Nachwuchs den Schulbesuch vorenthalten und zu Hause eine Art pädagogische Parallelgesellschaft organisieren, riskieren drastische Sanktionen. Diese reichen von Bußgeldern bis zum Entzug des Sorgerechtes, in einigen Bundesländern droht gar eine Freiheitsstrafe. Frankreich oder Großbritannien, aber auch die USA und Kanada haben erheblich weniger strenge Regeln. In Österreich gibt es lediglich eine Bildungspflicht, der Lernort dagegen ist nicht strikt festgelegt. Die zu Hause unterrichteten Kinder müssen ihren Wissensstand allerdings einmal pro Jahr in Tests beweisen. Auf solche internationalen Beispiele berufen sich schulverweigernde Eltern gerne, hierzulande bleiben sie aufgrund der eindeutigen Rechtslage bisher eine kleine Minderheit.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages geht von maximal tausend „freilernenden“ Familien aus. Bis zu 3.000 Jungen und Mädchen gehen nach den vagen Schätzungen überhaupt nicht zur Schule. Ersatzweise, aber illegal werden sie zu Hause unterrichtet. Erlaubt ist das eigentlich nur, wenn die Kinder nachweisbar dauerhaft krank sind.

### Meist sehr religiöse Eltern

Homeschooling sei in Deutschland „die absolute Ausnahme“, betont Ilka Hoffmann, die im Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für den Bereich Schule zuständig ist. Es handele sich um „meist sehr religiöse Eltern oder Menschen aus bildungsbürgerlichen Milieus,

die eine Lobby haben und deshalb überproportional in den Medien vertreten sind“. Hoffmann verteidigt den seit 1919 obligatorischen Schulbesuch als wichtige demokratische Errungenschaft: „Wir wollen, dass Menschen dort zusammenkommen und voneinander lernen.“ Ganz ähnlich argumentiert, in ungewohnter Einigkeit mit der GEW, auch Heinz-Peter Meidinger, der Präsident des konservativen Deutschen Lehrerverbandes: „Kinder, die von Eltern unterrichtet wurden, haben oft keine Leistungsprobleme, aber Schwierigkeiten, sich richtig einzuschätzen, mit Kritik umzugehen und sich auf andere einzustellen.“

### Anti-Etatismus

Das Schulverweigern beruht auf vielfältigen Motiven. Die eher moderaten „Freilerner“, die sich als eigenständiger Verband organisiert haben, werten den Schulzwang als ein Relikt des deutschen Obrigkeitsstaates, sie sprechen von einem „gewalttätigen System“. Andere klar nach rechts orientierte Strömungen lehnen den öffentlichen Bildungsort Schule vor allem deshalb ab, weil dieser von einer „rot-grün versifften“ Pädagogik geprägt sei. Evangelikale Gruppen wenden sich gegen das Lehren der Evolutionstheorie. Gemeinsam mit der „Zivilen Koalition“ der AfD-Politikerin Beatrix von Storch machen sie seit Jahren gegen neue sexualpädagogische Konzepte mobil. Homo- und Transsexualität betrachten sie nicht als gleichberechtigte sexuelle Orientierung, sondern als Abweichung und Krankheit. Auf Veranstaltungen wie „Demo für alle“ oder „Marsch für das Leben“ finden regelmäßig Abtreibungsgegnerinnen, christliche Fundis, Rechtspopulisten und Neonazis zusammen.

Dieser Anti-Etatismus, der sich in extremer Form in Gruppen wie den Reichsbürgern, der Identitären Bewegung oder in religiösen Sekten findet, prägt auch die „Homeschooling“-Szene. Dennoch stößt sie bisweilen auf Sympathie in Forschung und Wissenschaft. „Bildungsambitionierte Eltern“, die ihre Kinder zu Hause lernen lassen, würden „kriminalisiert“, behauptet etwa Volker Ladenthin, Professor für Pädagogik an der Universität Bonn. Der Soziologe Thomas Spengler, der in einer Studie der Theologischen Hochschule Friedensau rund

hundert deutschen Freilerner-Familien befragt hat, plädiert ebenfalls für eine Legalisierung des Heimunterrichts.

Nicht jedes Milieu, das Kritik am öffentlichen Schulsystem übt, ist automatisch von rechten Denktraditionen geprägt. Die Attraktivität alternativer Bildungsanbieter wie Waldorf-, Montessori- oder „freier“ Schulen speist sich, wie schon während der Reformbewegung in der Weimarer Republik, aus dem häufig offensichtlichen Kontrast zu ihren staatlichen Pendanten. Die Unzufriedenheit mit sanierungsreifen Gebäuden, der Ärger über volle Klassen, zu wenig Personal, demotivierenden Leistungsdruck und frühe Selektion hat sachliche Gründe.

### Fragwürdige Unterstützer

Manche gemäßigten Akteure, die schlicht für eine bessere Bildung eintreten, sind sich ihrer problematischen ideengeschichtlichen Schnittmengen durchaus bewusst. Das scheinbar emanzipatorische Wort „Freilerner“ interpretiert den Hausunterricht als autonom gewählte Möglichkeit, sich einer vorgeblichen Indoktrinierung durch staatliche Lehrkräfte zu entziehen. Eine interne Publikation warnt jedoch vor dem Versuch, die eigenen Anliegen strategisch zu vereinnahmen: „Weist möglicherweise das ‚Freilerner-tum‘ eine inhärente Schlagseite auf, die es für esoterische, verschwörungstheoretisch grundierte Positionen anfällig macht?“

Angesichts der regelmäßigen Nutzung und Umdeutung des Freiheits-Begriffs von rechts bewegt sich der Verband in einer heiklen Grauzone. Und trifft auf Bündnispartner, die er sich nicht unbedingt ausgesucht hat. So ließen sich die fundamentalistischen Wunderlichs am Gerichtshof in Straßburg von dem Anwalt Robert Clarke vertreten. Der ist Direktor der international agierenden „Alliance Defending Freedom“, die sich auf angebliche Verletzungen der Religionsfreiheit spezialisiert hat.

Ähnliche Ziele verfolgt die US-amerikanische „Home School Legal Defence Association“, die weltweit das Recht auf Privatunterricht von zu Hause aus propagiert. Auch in dieser fragwürdigen Organisation, die in „Tea Party“-Kreisen und bei „Altright“-Anhängern beliebt ist, fand die strenggläubige Familie aus Hessen langjährige Unterstützer. ■



**Titel**

DER ZOLL

# Die vergessene Polizei

Die Kriminalität hat auch schöne Seiten. Besser gesagt, schöne Orte. So einer ist die Jahrhunderte alte Mermaid Street in Rye, einer kleinen Stadt an der südöstlichen Küste Englands. Die dortige Kneipe „Mermaid Inn“ war ein Schmugglernest. Heute sind dort keine Schmugglerbanden mehr zu finden. Dafür zahlreiche Touristen. Die sind fast überall auf der Welt – die Organisierte Kriminalität (OK) auch.

---

**Frank Buckenhofer**

---



Kontrollsituation.

**S**chmuggel ist seit vielen Hundert Jahren ein bei Kriminellen äußerst beliebtes Mittel, an der Legalität vorbei Profite zu erzielen. Reichtümer aufzuhäufen ist das, was die Protagonisten der OK antreibt. Vor allem im sehr lukrativen Schmuggelgeschäft.

Zu zweifelhafter Berühmtheit schafften es diese Geschäfte nicht nur in dem deutschen Krimi-Streifen „Sündige Grenze“, der 1951 in die Kinos kam. Sehr realistisch und gegenwartsbezogen wurde die dramatische Nachkriegszeit des Kaffeeschmuggels in und um Aachen sowie der Eifel abgebildet. Denn es war kein gewöhnliches Katz-und-Maus-Spiel zwischen Zoll und Schmugglern. Es gab Tote. Davon eine ganze Reihe. Auf beiden Seiten. Wegen Kaffee.

Hollywood-Stellenwert erlangte der gewerbsmäßige Schmuggel in dem 1987 erschienenen Film „The Untouchables“ – auf Deutsch: „Die Unbestechlichen“. Eliot Ness, ein couragierter Beamter des US-Finanzministeriums, rackert rund zwei bilderreiche Stunden daran, den berüchtigten Mafia-Mobster Al Capone zur Strecke zu bringen. Der „echte“ Gangsterboss hatte sich mit illegalem Handel eine goldene Nase verdient. Ness kriegte ihn.

### Milliardenschwere Gewinne

Ganz gleich, ob verbotene Waren wie Rauschgift, (Kriegs-)Waffen, illegale Arzneimittel, gefälschte Markenprodukte oder hochsteuerbare Erzeugnisse wie Zigaretten, Alkohol oder Treibstoff: Was alle Produkte eint, ist, dass sie auf dem Schwarzmarkt weltweit agierenden Kriminellen unter dem Strich milliardenschwere Gewinne beschieren. Das Geschäft mit heißer Schmuggelware ist global, grenzüberschreitend, gewerblich und oft bandenmäßig organisiert. Die Tätergruppen operieren im Verborgenen und verfügen über clevere, oft legendierte Vertriebswege, heimliche Lagerstätten und Wohnungen. Sie nutzen häufig eine Vielzahl von Scheinfirmen und -adressen sowie im Dunkeln organisierte Onlineportale, um ihren schwinthaften Handel mit dem Verbotenen erfolgreich zu betreiben.

Die große Schwester des Schmuggels ist die Geldwäsche. Diese sichert den Tätern die legale Verfügbarkeit der enormen Ge-

winne. Denn die wollen sich ja am Goldschatz der Gegenwart erfreuen. Kriminell lohnenswert ist zudem der „Einstieg“ in den Arbeitsmarkt. Menschenhandel, Zwangsausbeutung sowie illegale Beschäftigung spülen immense Summen in die Kassen der Schurken. Dazu noch ein Plus über das Vorenthalten von Sozialversicherungsabgaben, Lohnbetrug und Hinterziehen von Steuern.

### Unmissverständlicher Auftrag

Im Kampf gegen diese Unart gemein- und wirtschaftsschädlicher Kriminalität, die im Übrigen auch den Bürger bedroht, hat der Gesetzgeber den unmissverständlichen polizeilichen Auftrag an den Zoll erteilt. Und der ist im Bund dafür die Polizei der ersten Wahl. Er bestreitet den Kampf gegen Schmuggel und Arbeitsmarktkriminalität. Die Gesetze zur Zollverwaltung, dem Zollfahndungsdienst und gegen die Schwarzarbeit sprechen hier eine deutliche Sprache. Das macht den Zoll materiell-rechtlich zur Polizei. Kontrollen, Fahndungen und Ermittlungen sind die polizeilichen Werkzeuge, die ihm zur Verfügung stehen.

Die Politik will und muss sich grundsätzlich darauf verlassen (können), dass der Zoll seinen polizeilichen Auftrag mit der gleichen Professionalität erledigt, wie die Politik das von anderen Polizeibehörden des Bundes und der Länder in allen anderen Deliktsfeldern auch erwartet.

### Teils mehr Befugnisse

Der Zoll hat für seine Aktivitäten teils größere Befugnisse als seine Kolleginnen und Kollegen der Polizei. Im Bereich der Außenwirtschaftskriminalität verfügt der Zoll beispielsweise über die Möglichkeit der präventiven Post- und Telekommunikationsüberwachung. Zollkontrollen können unterhalb der konkreten Gefahr durchgeführt werden. Und in vielen Fällen durchbricht der Zoll das Steuer- und Sozialgeheimnis leichter als die Polizei.

Also ist doch beim Zoll alles tiptopp, oder? Eine bestens aufgestellte und schlagkräftige Organisation, hart auf der Spur der Ausbeuter der Moderne. Im Kampf gegen or-

ganisierte Gruppen, die sich ohne Schuldgefühle an Staat, Wirtschaft und Bürgern bereichern, ihre Vermögen zusammen schiefeln. Leider nein.

### Erbärmlich, Tatsache

Bei genauerer Betrachtung ist der Zoll in einer erbärmlichen Verfassung. Den oftmals hochmotivierten Kolleginnen und Kollegen in den Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdiensten steht eine hochdotierte Führung im fachlich zuständigen Bundesfinanzministerium und der Generalzolldirektion gegenüber. Wer Geduld und Muße hat, kann dort nach erkennbaren Spuren von polizeifachlicher Expertise suchen. Das benötigte Know-how, um dem Zoll zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages zur Professionalität zu verhelfen, ist spätestens in

ANZEIGE



## Immer top Verbunden

Sparen Sie **bis zu 40%** auf unsere Mobilfunk-, DSL- und Kabelangebote.



Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website

[gdp.vorteilsangebote.de](http://gdp.vorteilsangebote.de)

der B-Besoldung bedauerlicherweise nicht mehr vorhanden.

## Fern wirksamer Kriminalitätsbekämpfung

Kein früherer Polizeipräsident, kein erfahrener Kriminalist, kein mit allen Wassern gewaschener Kontroll- und Streifenbeamter, der sich auf engagierter Ochsentour vom Einsatz auf der Straße bis in die Spitze gekämpft hat, führt den Zoll im Kampf gegen die OK. Die Regentschaft haben Menschen, denen die Methoden und Notwendigkeiten wirksamer Kriminalitätsbekämpfung fern sind. Ohne ihnen Böses zu wollen: Es sind höhere und hohe Finanzbeamte, aber eben keine Polizisten. Sie sind das Verhängnis des Zolls – und all seiner motivierten Beschäftigten, die asoziale Verbrecher tagaus tagein hinter Schloss und Riegel bringen wollen – und sollen.

Die Führung trägt die Verantwortung dafür, dass es dem Zoll für die effektive Kriminalitätsbekämpfung an ausreichendem Personal fehlt. Desgleichen bei nötiger Sachausstattung, Einsatzmitteln und einer modernen IT-Infrastruktur. Auch an einen schlanken und handlungsfähigen Behördenaufbau in der Allgemeinen Aufbauorganisation (AAO) mit tauglichen Melde- und Befehlswegen, an Wachen, Inspektionen und sonstigen Einrichtungen zur lagebedingten Führung- und Steuerung der Einsatzkräfte sowie regionalen Lagediensten mit einem bundesweiten Kopf ist aktuell nicht zu denken.

## Der Kopf des Innenministers

Die Vollzugsbeamtinnen und -beamten sind gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen der Polizei beamtenrechtlich im Nachteil. Sie müssen bis zur Pensionierung länger arbeiten und haben strukturell weniger im Portemonnaie. Jede Polizeibehörde, die so miserabel wie der Zoll aufgestellt wäre, würde sich in Windeseile dem Zorn der Politik, dem Schmäh der Presse und der Häme des Volkes aussetzen müssen. Zurecht! Zustände wie diese könnten den Kopf eines Innenministers kosten, würde sich seine Polizei so präsentieren, wie es die Zollführung macht. Selbst Anfragen aus dem Parlament zur Schmuggelbekämpfung werden von der



Hier noch als Übung: Einsatzbeamte der Zollfahndung trainieren die Festnahme eines Drogendealers.

## DER ZOLL

**ist eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen.**

**Zu seinen Aufgaben gehören Finanzverwaltungsaufgaben sowie die polizeiliche Bekämpfung von Schmuggel, Geldwäsche, Arbeitsmarkt-, Steuer- und Wirtschaftskriminalität.**

**Die rund 40.000 Beschäftigten, wovon in den nächsten 15 Jahren die Hälfte in den Ruhestand gehen, verteilen sich auf die Generalzolldirektion (Oberbehörde), ihre nachgeordneten 41 Hauptzollämter sowie 8 Zollfahndungsämter.**

**2017 fehlten etwa 6.000 Beschäftigte zum Soll. Und die GdP fordert darüber hinaus weitere 4.000 Beschäftigte für die Vollzugsdienste.**

**Der Zoll wird seine Einstellungsanstrengungen in den kommenden Jahren deutlich intensivieren müssen.**

Bundesregierung – ohne rot zu werden – in einer Art beantwortet, dass Insider sofort nebulöse Verschleierungen und Verzerrungen notieren. Auch vor Unwahrheiten oder gequetschten Wahrheiten wird nicht zurückgeschreckt.

## Nur ein Mauerblümchen

Der Zoll lebt im Schatten des Parlaments, im Schatten der Regierung, im Schatten der Medien, im Schatten der Bevölkerung und selbst im Schatten der Polizei. Warum ist das möglich? Wieso gelten die Maßstäbe der Polizei bis heute nicht für den Zoll? Warum ist der Zoll das Mauerblümchen der deutschen Sicherheitsbehörden?

Der zuständige Bundesfinanzminister definiert sich eben nie über eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung – schon gar nicht im Bereich der Rauschgift- und Waffenkriminalität oder der Terrorismusfinanzierung. Das überlässt er gern – und ausschließlich – seinem Kabinettskollegen aus dem Innenressort. Wenn dort etwas aus dem Ruder läuft, ist es immer gut, als Finanzminister möglichst nicht in der Verantwortung oder sogar medialen Schusslinie zu stehen.

Und so werden dann durchaus mögliche Schwemmen geschmuggelten Kokains oder Crystal-Meths, den Tod bringende, illegale Medikamente oder (Kriegs-)Waffen und Sprengmittel aus den chaotischen Kriegsgebieten unserer Welt, in Umlauf gebracht. Selten bis nie wird damit ein Versagen des Finanzministers in Verbindung gebracht. Obwohl es „sein“ Zoll ist. Obwohl es in dessen originäre Zuständigkeit gehört, diese Verbrechen zu bekämpfen.

Auch die Medien fragen angesichts solcher realistischer Szenarien meist nach der Polizei und deren möglichem Versagen. Aber sie sollten den Blick zunächst auf den zuständigen Zoll werfen.

## Das Mähen auf der Tummelwiese

Im Bundestag ist effektive Kriminalitätsbekämpfung durch die Polizei und das Bundeskriminalamt eine äußerst attraktive politische Tummelwiese der Mitglieder des Innenausschusses. Permanent liefern sich Politiker aller Couleur dort ein Schaulaufen um den altersichersten Staat, die Rechte der Bürger ver-



Keine süße Überraschung bei einer Lkw-Kontrolle in Berlin-Brandenburg: 670 Kilogramm Heroin, in kleineren Päckchen versteckt unter Honig, beschlagnahmte der Zoll Ende Mai 2019.

Foto: Paul Zehner/dpa

sus die Rechte der Polizei. Wie viel Freiheit ist garantiert? Wie weitgehend dürfen die Befugnisse der Polizei sein? Wie viel Polizei wird überhaupt benötigt? Welche Technik darf sie nutzen? Was braucht, was darf und was bekommt die Polizei? In welchen Strukturen arbeitet sie?

Solcherlei innenpolitische Debatten lassen den Zoll und seine Aufgaben im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung gänzlich außer Acht. Und der für den Zoll zuständige Finanzausschuss bemisst seine politische Bedeutung eher nicht mit dem Maßstab „Sicherer Staat“.

### Unbeeindruckt und unbekannt

Der Finanzausschuss zeigt sich angesichts eigentlicher Aufgaben und Themen wie

Rauschgift-, Waffen- und Arzneimittel-smuggel politisch unbeeindruckt. Er hält sie für innenpolitische Sachgebiete. Okay, verständlich. Währungs- und Finanzmarktstabilität, Eurobonds, Bankenrettung, europäische und internationale Zinspolitik, Schuldenbremse und andere finanzpolitisch bedeutende Angelegenheiten sind schon mehr ihr Ding. Die rühren an deren Nerv. Die thematische Zuständigkeit liegt jedoch auf deren Tischen – womöglich verstaubt unter zahlreichen anderen Akten und Finanzkurven.

Und was ist mit der Bevölkerung? Sie nimmt den Zoll kaum bis gar nicht wahr. Man erhält den Bescheid über die Kraftfahrzeugsteuer vom Zoll. Und wenn der Urlaub zu Ende ist, muss man nach einer Flugreise am Airport durch den Zoll. Wobei schon viele glauben, der wäre am Schalter der Bundespolizei erreicht.

### Was sich ändern muss

Der Zoll – beziehungsweise seine Führung – darf sich nicht länger aus den organisatorischen und kommunikativen Zirkeln der deutschen Sicherheitsarchitektur heraushalten. Die Chefs müssen sein Mitwirken einfordern. Dann wird der Zoll auch nicht mehr von den Playern der anderen Polizeibehörden übersehen. In deren Vorstellungswelt ist der Zoll eine Randerscheinung. Sehr schade.

Denn – bei professioneller Aufstellung und Vernetzung – wäre er ein hochfunktionales, geradezu unverzichtbares Werkzeug im Kampf gegen den Schmuggel, die Geldwäsche und die Organisierte Kriminalität.

Der Zoll – noch eine vergessene Polizei. ■

ANZEIGE

# PERFEKT IM EINSATZ.



**LOWA**  
TASK FORCE



RENEGADE II GTX HI TF Ws | Task Force [www.lowa.com](http://www.lowa.com)

Photo: © TLWIK

## Titel



Zollfahnder Zaluskowski (v.) ist im Einsatz. In dem TV-Krimi „SCHWARZ-ROT-GOLD – Im Sumpf (1995)“ checken der von Uwe Friedrichsen gespielte Beamte und sein Team die Cheftage eines Hamburger Unternehmens.

### INTERVIEW

# Doch eine coole Truppe

Michael Zielasko

**DP:** Lieber Kollege Buckenhofer, Medienältere werden sich womöglich an Zollamtmann Zaluskowski erinnern oder die Serie „Achtung Zoll“, manche an den DDR-Zollrat Hartmann. Ist der Zoll zu uncool für die heutigen Fernsehschaffenden?

**Frank Buckenhofer:** Cool fand ich den Zoll schon als Kind, weil ich in vierter Generati-

on aus einer Zoll- und Polizeibeamtenfamilie komme. Und der erste coole Zollbeamte meines Lebens war mein Vater, der bereits 1950 die „sündige Grenze“ in Aachen bewachte. Der erste coole TV-Zollfahnder in meiner Erinnerung ist übrigens „Zolloberinspektor Kressin“. Der Kollege wurde von Sieghardt Rupp gespielt – mit viel Charme,

unorthodoxen Methoden und oft im Porsche, meistens umgeben von attraktiven Frauen. Das hat den WDR-„Tatort“ zwischen 1971 und 1973 äußerst spannend gemacht.

**DP:** Angesichts dieser mutmaßlichen Perspektiven also kein Wunder, dass Du beim Zoll gelandet bist.

**Buckenhofer:** Die späteren „Tatort“-Wiederholungen waren durchaus ein Grund, diesen Beruf zu ergreifen. Das Thema Schmuggel in Verbindung mit Liebe und Leidenschaft findet man übrigens noch cool inszeniert in der Oper „Carmen“ von Georges Bizet. Aber in der Tat: Warum Mord und Raub den heutigen Medienschaffenden deutlich mehr zusprechen und cooler zu sein scheinen als trickreiche Schmuggelgeschichten mit raffinierten Verschachtelungen – zuweilen bis in die Politik – ist mir schon immer ein Rätsel gewesen.

**DP:** Wie ist das Rätsel zu lösen?

**Buckenhofer:** Zollgeschichten sind alles andere als trocken. Sie würden genügend Stoff für spannende internationale Thriller, spektakuläre Verfolgungsgeschichten, geldgierige Rachedramen und politische Korruptionskrimis bieten, in denen durchaus noch Platz für die ein oder andere geforderte Fernsehleiche wäre. Ich glaube, dass bei den Drehbuchautoren, Filmregisseuren und Produzenten der Zoll und seine cineastischen Möglichkeiten nicht wirklich bekannt sind. Ich kenne Verfahren – auch aus eigenen Ermittlungen –, deren skurrile Geschichten Tarantino oder Scorsese sicher herrlich und unterhaltsam in einem Blockbuster abdrehen könnten. Die Storys des Zolls und der gejagten Verbrecher sind sicher nicht uncool. Nur kaum jemand interessiert sich dafür sie. Mir scheint, das ist das Problem.

**DP:** Immerhin hat der private Sender VOX mit der Ausstrahlung von „Zoll im Einsatz“ Blicke hinter die Kulissen ermöglicht. Das ist aber schon über zehn Jahre her?

**Buckenhofer:** Realityformate sind vielleicht kurzweilig. Spannend und cool sind sie sicher nicht. Sie vertreiben bestenfalls dem Zuschauer die Langeweile auf dem heimischen Sofa und erinnern in bescheidenem Maße daran, dass es den Zoll gibt. Fataerweise pflanzen sie nicht selten verschrobene Fernsehfachwissen in die Köpfe ihrer

# ERMITTLUNGEN ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

## Ein spektakuläres Angebot für GdP-Mitglieder:

Wir machen Ihnen und Ihrer Familie die Kommunikation ganz leicht: mit dem neuen Samsung Galaxy S20 5G und unseren tollen Business Mobil Tarifen – sparen Sie 150€ beim Smartphone und buchen Sie kostenlos 50% mehr Datenvolumen im besten Netz dazu!

20 % RABATT  
AUF DIE BUSINESS  
MOBIL TARIFE  
PLUS 50 % MEHR  
DATENVOLUMEN



### SAMSUNG GALAXY S20 5G

Cosmic Gray mit 128 GB

statt ~~409,96 €~~

nur 259,96 €<sup>1</sup>

im Tarif Business Mobil L mit Smartphone,  
jetzt mit 24 GB Highspeed-Volumen/Monat

statt ~~509,95 €~~

nur 359,95 €<sup>1</sup>

im Tarif Business Mobil M mit Smartphone,  
jetzt mit 12 GB Highspeed-Volumen/Monat

### HIER ERHALTEN SIE DAS ANGEBOT:

- Mitglieder-Online-Shop: [www.telekom.de/GDP-Mitgliederangebot](http://www.telekom.de/GDP-Mitgliederangebot)
- Bundesweit in allen **Telekom Shops**
- Mitglieder-Hotline **0800 33 0034531**
- Nennen Sie bitte immer Ihre Vorteilsnummer: **MA177**



In Kooperation mit



GdP-Plus Partner

Alle Preisangaben brutto. Änderungen und Irrtum vorbehalten. 1) Das Angebot ist gültig bei Abschluss eines Neuvertrags bis 31.07.2020 im Mitarbeiterrahmenvertrag mit der Vorteilsnummer MA177. Nur solange der Vorrat reicht.  
Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

Betrachter. Die nerven dann Zoll- und Polizeibeamte damit, dass sie vorgeben, aus der Serie ihre Rechte genau zu kennen. Die Einblicke dieser Formate in den Zoll wirken zudem oft gestelzt und sind selten von filmisch großem Niveau. Insofern hilft das Menschen nicht, einen seriösen Einblick in die Aufgaben des Zolls zu bekommen. Sie sind medien-kulturell eher bedeutungslos und katalysieren den Zoll nicht in den filmischen Oscar-Himmel. Und als Aufklärungs-TV sind sie vollkommen ungeeignet. Wenn ein Zollkrimi gelingen soll, dann muss er gut gemacht sein – ausreichend gesellschaftskritisch und mit einem Schuss Selbstironie.

„100 Jahre Zollfahndung erschienen mir letztes Jahr als geeignetes Datum für einen spannenden Zollkrimi. Die gibt es in der deutschen Literatur ansonsten kaum. Insofern hat der Roman – wenn auch in bescheidenem Rahmen – für eine gewisse Öffentlichkeit gesorgt.

**DP: Liegt die heutige Entertainmentferne des Zollthemas womöglich daran, dass die Kolleginnen und Kollegen das falsche Image der In-die-Koffer-Gucker nicht loswerden konnten?**

**Buckenhofer:** Image braucht immer eindeutige und unkomplizierte Botschaften. Während der Bürger eine konkrete Vorstellung von dem hat, was Polizei ist, auch dann, wenn sie in seinem Kopf nicht zutrifft, weiß er über den Zoll wenig bis nichts. Der Zoll ist bestenfalls lästig und nie „Dein Freund und Helfer“. Der Zoll interessiert sich in der Tat auf der Rückreise aus dem Traumurlaub für die Koffer, er verschickt aber auch die Kraftfahrzeugsteuerbescheide oder verfolgt einige bedeutende Delikte, von denen Otto Normalverbraucher“ nicht mal weiß, dass es sie gibt.

**DP: Welches Image soll also eine Behörde aufbauen, die im Grunde wie ein bunter Gemischtwarenladen operiert?**

**Buckenhofer:** Etwas zynisch formuliert: Das Image eines Zahlstellenbeamten in einem Finanzamt deckt sich nicht mit dem eines Einsatzbeamten in der Spezialeinheit. Beides sind aber Zollbeamte – oder, um in der Filmsprache zu bleiben: Extreme wie Willi Winzig und James Bond passen auch nicht in dieselbe Behörde. Es ist eben schwierig, dem Zoll eine Corporate-Identity zu verpassen, die auf Anhub und ohne große Erklärungen sein Selbstverständnis darstellt. Das gilt sowohl nach außen wie nach innen. Der Zoll ist mal Finanzamt und mal Polizei. Das bringt man eben nicht in ein gemeinsames, unverkennbares und leicht verständliches Image.

**DP: Du jedenfalls müht Dich nach Kräften, den Zoll für Krimileserinnen und -leser spannend zu gestalten. In Deinem Roman „Bewegtes Geld“ agiert eine Journalistin und dreht später am großen OK-Rad. Wie sind die Reaktionen ausgefallen, und wann kommt ein neuer Band?**

**Buckenhofer:** 100 Jahre Zollfahndung erschienen mir letztes Jahr als geeignetes Datum für einen spannenden Zollkrimi. Die gibt es in der deutschen Literatur ansonsten kaum. Insofern hat der Roman – wenn auch in bescheidenem Rahmen – für eine gewisse Öffentlichkeit gesorgt. Sowohl Journalisten als auch Vertreter aus der Wirtschaft sind in der Folge auf mich zugekommen, um Näheres über die Situation in der Schmuggel- und Geldwäschebekämpfung zu erfahren. In einigen Fällen bin ich sogar als Referent eingeladen worden, um zum Beispiel Beschäftigten auf dem Gütermarkt zu erläutern, wie Autohändler, Juweliere oder Kunstgalerien von Tätern als Geldwaschmaschine missbraucht werden können – und warum deshalb die Geldwäscheverdachtsmeldungen so wichtig sind. Dass sich einige der Kolleginnen und Kollegen aus dem Zollfahndungsdienst darüber gefreut haben, einen Krimi aus ihrem Genre zu lesen, dürfte klar sein. Und dass eine Journalistin hier eine besondere Rolle spielt, ist eine Hommage an die 2017 auf Malta ermordete Journalistin Daphne Caruana Galizia, die den Großen in der organisierten Kriminalität (OK) offensichtlich zu nahe gekommen ist. Die OK ist dem Zoll fast

„Zollgeschichten sind alles andere als trocken. Sie würden genügend Stoff für spannende internationale Thriller, spektakuläre Verfolgungsgeschichten, geldgierige Rachedramen und politische Korruptionskrimis bieten, in denen durchaus noch Platz für die ein oder andere geforderte Fernsehleiche wäre.

allgegenwärtig und bietet reichlich Stoff für den nächsten Roman, der bereits begonnen ist. Allein die Zeit ist es, die mir zu oft fehlt.

**DP: Wünsch Dir was, wer sollte die tragenden Rollen in der Verfilmung von „Bewegtes Geld“ spielen?**

**Buckenhofer:** Oh, das ist eine schwierige und zugleich sehr reizvolle Frage. Da ich weder Regisseur noch Produzent bin und keine Gagen zahlen muss, lasse ich meiner Fantasie freien Lauf: Ich blinzele aber nicht nach Hollywood und erwähne keine Namen wie Matt Damon, Brad Pitt, Gwyneth Paltrow oder Cameron Diaz. Ich bleibe in Deutschland. Die taffe, gutaussehende und mutige Journalistin, deren Rolle sich durch das ganze Buch von der ersten bis zur letzten Seite zieht, könnte ich mir in der Besetzung mit Stefanie Stappenbeck gut vorstellen. Den eleganten und kosmopolitischen Geldwäscher und Großschmuggler sähe ich mit Mark Waschke sehr gut besetzt. Zu guter Letzt benötigt noch der knorrige, etwas eigenbrötlerische, aber durchaus charmannte Zollfahnder Hugo aus dem Ruhrpott einen Darsteller. Hier fällt mir spontan Heino Ferch ein. Und als dessen Chef – Ulrich Tukur.

**DP: Wir sehen, was wir tun können. Vielen Dank für das Gespräch.**

## Buchtipp

# Geldwäsche und Organisierte Kriminalität

Die Bekämpfung der (internationalen) Geldwäsche ist seit mehr als 25 Jahren ein Synonym für den Ansatz des „crime does not pay“. Anstatt den Kriminellen lediglich zu bestrafen, soll über die Kriminalisierung des »Waschens« erreicht werden, dass der illegal erlangte Gewinn nicht weiter genutzt werden kann. Begründet wird diese konsequent ökonomisch unterlegte Strategie in erster Linie mit den von der Organisierten Kriminalität (OK) ausgehenden Gefahren. Beide Begriffe – die Geldwäsche und OK

– sind zusammen in der Lage, eine außerordentliche Resonanz in der Öffentlichkeit auszulösen und waren immer wieder Argumentationsgrundlage für den Ruf nach Strafschärfungen oder erweiterten polizeilichen Eingriffsbefugnissen.

### Erkenntnisse aus Ermittlungsverfahren

Im Rahmen dieser kriminologisch angelegten Untersuchung ist der Nexus zwischen der internationalen Geldwäsche und der OK in erster Linie auf Basis einer Analyse der polizeilichen Erledigungspraxis untersucht worden. Die Frage lautete: Stellt die internationale Geldwäsche, so, wie sie in der täglichen Arbeit der Ermittlungsbehörden wahrgenom-

men wird, wirklich das häufig zitierte „Herzstück der Organisierten Kriminalität“ dar?

Der Verfasser wertete hierzu polizeiliche Dokumente zu 377 Ermittlungsverfahren der Organisierten Kriminalität mit Blick auf das in ihnen skizzierte Gefährdungspotenzial zur Geldwäsche aus. Die Ergebnisse sind geeignet, die vom internationalen Anti-Geldwäscheregime propagierten Aussagen in den Kontext der polizeilichen Erledigungspraxis zu stellen und so einen realitätsnahen Eindruck von den Gefahren, die aus Geldwäschehandlungen resultieren, zu gewinnen.

**Geldwäsche und Organisierte Kriminalität, Dr. Martin Boberg, Richard Boorberg Verlag, 2018, 330 Seiten, 38 Euro, ISBN 978-3-415-06352-5**



ANZEIGE



Ein Angebot der el Leasing & Service AG Hannover

## Du träumst schon lange von einem richtig starken Bike?

Mach es jetzt zu deinem.  
Das Fahrrad von dem du immer geträumt hast.

Unser Privatleasingangebot für GdP-Mitglieder bietet dir:



**Exklusiv günstige Leasingraten**  
z.B. nur **65€\*** monatlich bei einem Anschaffungswert von **1899€**



**Rundumschutz, eine Wartung & Mobilitätsgarantie inklusive**



**Flexibilität & Sorglosigkeit**

### Wie funktioniert's?

Einfach in unserm GdP Partner Portal die Leasingrate berechnen & einen Fachhändler in deiner Nähe finden!

\*Vertragslaufzeit 36 Monate

## Hinterfragt

### Peter Schlanstein

Lehrender an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Die Forschungsschwerpunkte des Ersten Polizeihauptkommissars sind die Verkehrsunfallprävention und der Opferschutz nach Verkehrsunfällen.

STVO: EINE NOVELLE FÜR MEHR SICHERHEIT

# Bessere Regeln, höhere Sanktionen

Die seit Ende April geltende Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) und die neuen Bußgeldsätze haben auf sich warten lassen. Zu begrüßen sind sie dennoch. Und zwar grundsätzlich.

Peter Schlanstein

Mindestens 5.100 Fußgänger und rund 4.000 Radfahrer starben zwischen 2010 und 2019 auf deutschen Straßen. Davon verloren alleine im letzten Jahr 417 Fußgänger und 444 Radfahrer ihr Leben. Todesfälle unter diesen zwei Gruppen machen damit 28 Prozent aller Verkehrstoten hierzulande aus. Der Anteil dieser sogenannten Vulnerable Road User an den Getöteten erhöhte sich in der letzten Dekade um ein Fünftel. Zugleich sind es die besonders verletzlichen Fußgänger und Radler, die andere am wenigsten schädigen. 75 Prozent aller gemeldeten Fußgänger-Todesfälle ereigneten sich 2019 auf städtischen Straßen, 62 Prozent aller tödlich verletzten Radler starben innerorts.

Deshalb ist es gut und richtig, den Belangen der am stärksten gefährdeten Verkehrsteilnehmergruppen durch Verbesserungen im Gefahrenabwehrrecht der StVO mehr Gewicht zu verleihen. Für mehr Sicherheit und größeren Komfort von Radlern und Fußgängern werden Kfz-Führer nun stärker in die Pflicht genommen. So gelten für das Parken auf Geh- und Radwegen jetzt höhere Sanktionen. Auch das gedankenlose Abbiegen und Tür-Aufreißen wird teurer. Laut einer Forsa-Umfrage erlebte fast jeder zweite der befragten Radfahrenden schon mindestens

einmal eine solche „Dooring-Unfall“-Gefahr hautnah.

Um Tote-Winkel-Unfälle zu vermeiden, dürfen Lkw über 3,5 Tonnen innerorts nur noch mit Schrittgeschwindigkeit rechts abbiegen, wenn mit querenden Radlern oder Fußgängern zu rechnen ist. Das Bußgeld für die Missachtung beträgt 70 Euro, hinzu kommt ein Punkt im Fahreignungsregister. Auch dem neuen Mindestüberholabstand von eineinhalb Metern, der von Kfz-Führern gegenüber Fußgängern, Radlern oder E-Scooter-Fahrern einzuhalten ist, kommt eine hohe Sicherheitswirkung zu. Temposünder müssen jetzt deutlich früher mit einem Bußgeld und einem Fahrverbot rechnen. Bereits ab 16 Kilometer pro Stunde (km/h) Überschreitung ist ein Bußgeld fällig. Ein Monat Fahrverbot wird innerorts bereits bei einer Überschreitung von 21 km/h verhängt. Außerorts greift das Fahrverbot von einem Monat ab 26 km/h zu viel.

Unfälle mit Personenschaden resultieren zu über 90 Prozent aus der Nichtbeachtung von Verkehrsvorschriften. Ohne Kontrolle und angemessene Sanktionen werden sich permanente unfallträchtige Verstöße nicht im erforderlichen Maße vermeiden lassen. Im internationalen Vergleich war Deutschland bislang ein „Billigland für Knöllchen“.



Vor allem bezogen auf unangemessen hohe Geschwindigkeiten zeigte sich die generalpräventive Verkehrsunfallbekämpfung bislang nur gering ausgeprägt. Je höher die gefahrene Geschwindigkeit, desto wahrscheinlicher ist ein Unfall und desto schwerer sind die Unfallfolgen. Bei höherer Geschwindigkeit wächst das Risiko schwerer Verletzungen oder des Todes exponentiell, insbesondere für Fußgänger, Radfahrer und Motorradfahrer. Es ist also eine nachvollziehbar richtige Konsequenz, auch in Deutschland nun höhere Bußgelder für zu schnelles Fahren gelten zu lassen und wenigstens eine gewisse Anpassung der Tempo-Sanktionen an höhere Sätze anderer Mitgliedstaaten der EU vorzunehmen.

Positive Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit dürften jedenfalls die Folge dessen sein, was nun im Bundesgesetzblatt steht und bereits der Deutsche Verkehrsgerichtstag 2018 empfohlen hat. Übrigens war daran auch die GdP stark beteiligt.

Die geringe Höhe von Tempo-Sanktionen passte bislang – für die meisten erkennbar – nicht zu der im Konfliktfall drohenden potenziellen Schädigungsfolge oft schwerster Verletzungen bei Radfahrern und Fußgängern. Eine an den Schädigungspotenzialen ausgerichtete Überwachungs- und Verfolgungspraxis bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe der Polizei. Sie wird dazu beitragen, die Zahl der bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommenen Menschen zu reduzieren und weniger schwere Unfallfolgen zu erreichen. ■

## Hilfreich



## GdP-Plus Partner

### Ein neuer Partner

in unserem Angebotsprogramm für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei. Mit dem GdP-Plus Partner-Programm stellen wir Euch starke Unternehmen vor, die speziell für die Mitglieder der Polizei attraktive Angebote präsentieren.

# GdP-Plus – Eine starke Partnerschaft für Euch!

### Ein neuer Partner mit einem starken Angebot

Wir freuen uns, mit dem Partner el-Leasing einen kompetenten und verlässlichen Anbieter aus dem Bereich Privat-Leasing – speziell für E-Bikes und Pedelecs – begrüßen zu dürfen.

### Weitere Branchen folgen

In der kommenden Zeit werden wir das Angebot sukzessive ausbauen und Euch weite-

re Partner vorstellen. Namhafte Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen sollen folgen. Jeder neue Partner präsentiert sich zum Start der Mitgliedschaft im GdP-Plus Partner-Programm in DP und wird Euch regelmäßig über seine Angebote informieren.

### Laufende Information auf Social-Media-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook, Instagram und Twitter der GdP Bund halten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!

### Euer Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: Auf der Homepage der

GdP – [www.gdp.de](http://www.gdp.de) – auf den Reiter GdP-Plus klicken und schon seid Ihr auf der Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fahrt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden – das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt –, schon werdet Ihr zu den besonderen Angeboten des Partners exklusiv für GdP-Mitglieder weitergeleitet.

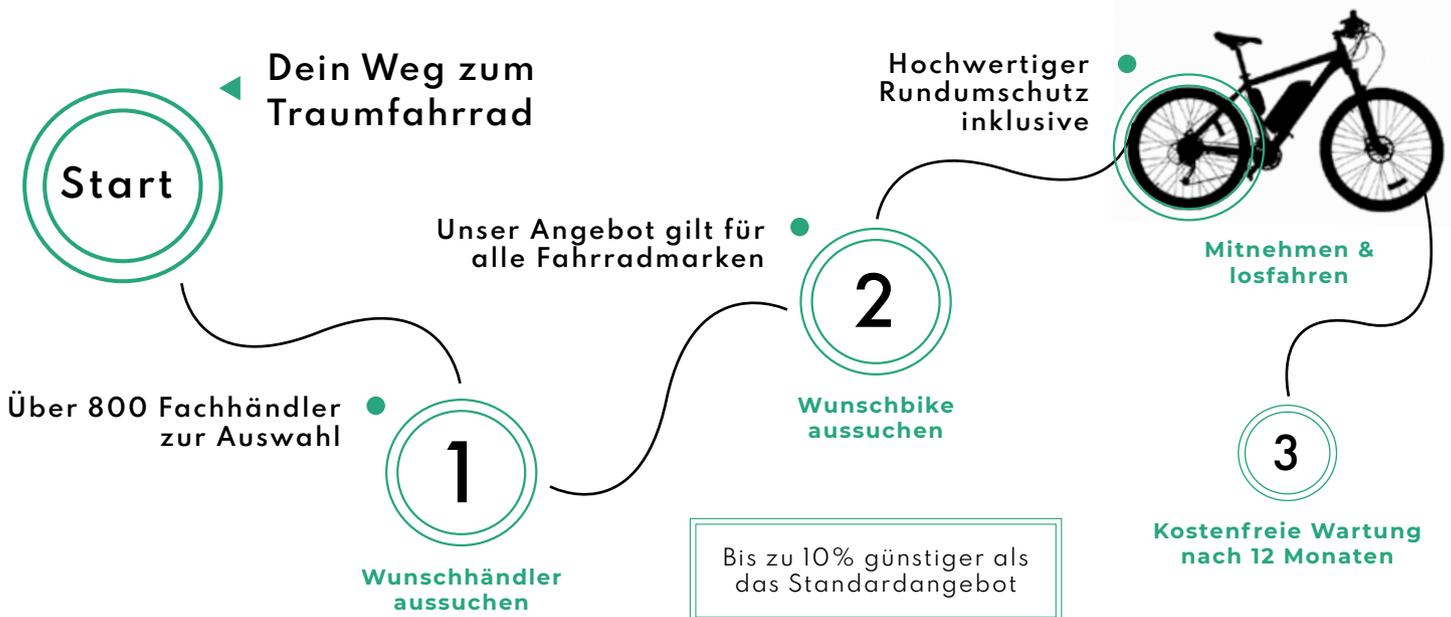
Wir wünschen Euch viel Spaß beim Stöbern im GdP-Plus Partner-Programm!

Eure GdP

ANZEIGE

## Wir finden, ein starker Partner braucht ein starkes Bike!

Deswegen bieten wir GdP-Mitgliedern ein Privatleasing exklusiv zu günstigen Konditionen an.



In unserem GdP Partner Portal kannst du ganz einfach die Leasingrate für dein Traumfahrrad ausrechnen und nach einem Händler in deiner Nähe suchen!



## Hinterfragt



Foto: privat

#INSTACOPS

# Als Polizist privat bei Instagram?

Unser Autor bekommt von Instagram (Insta) täglich zwei, drei neue Profile „zum Folgen“ vorgeschlagen, erzählt er DP. Ihm geht es um private Accounts von Polizeibeamtinnen und -beamten. Und zwar solche, wo sie als „Cop“ erkennbar sind. Er würde es eher nicht machen, sagt er. Eine kommentierende Analyse.

**Dr. Bernd Bürger**

Der Umgang mit sogenannten #instacops ist je nach Bundesland und Behörde durchaus sehr unterschiedlich. So werden bei manchen Polizeien Fotos mit Uniform in einem privaten Account disziplinarrechtlich geprüft, da diese vermeintlich während der Dienstzeit entstanden sein müs-

sen. Im Gegensatz dazu werden in manchen Bundesländern Beamtinnen und Beamte dazu angehalten, einen „Instagram“-Account zu betreiben – insbesondere auch Führungskräfte. Das Thema ist aktueller denn je. #instacop-Profile schießen momentan wie Pilze aus dem Boden.

### Was spricht dagegen?

**Viel Arbeit:** Durch Gespräche und DMs (Direct Messages – Direktnachrichten) mit #instacops habe ich mir ein Bild davon machen können, wie viel Arbeit hinter einem guten Account steckt. Die Instacops, die an meiner Befragung teilgenommen haben, verbringen mindestens eine Stunde, (bis zu sieben!) täglich, mit dem Erstellen von Inhalten und mit Kommunikation. Diese umfangreiche Investition wäre für mich auf Dauer inakzeptabel. Andere Dinge, die mir wichtiger sind, müssten letztlich darunter leiden.

**Besondere Verantwortung für Inhalte:** Sobald man als Polizeibeamter auf seinem Profil erkennbar ist, hat automatisch auch der Dienstherr ein berechtigtes Interesse an den geposteten Inhalten. Denn auch in der Freizeit gelten einige Beamtenpflichten: Insbesondere müssen wir der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die unser Beruf erfordert. Demnach muss alles unterlassen werden, was dem Ansehen des Staates, der Dienstbehörde oder dem Berufsbeamtentum schaden könnte. Neben diesem disziplinarrechtlichen Aspekt fällt aber auch die subjektive Bewertung der Profile durch Führungskräfte sehr unterschiedlich aus. Von Erstaunen, dass es sowas überhaupt gibt, über offene Kritik bis zu Entsetzen wie „solch anzügliche Fotos passen nicht neben Bilder mit Uniform“ ist alles dabei. Aber stets gibt es auch einige wenige offene, positive Reaktionen nach dem Motto „toller Account, tolle Werbung für unseren Berufsstand“.

Insgesamt aber scheinen Vorgesetzte häufiger eher ein distanziertes Verhältnis zum Thema zu haben. Wirkliche Begeisterungstürme haben die wenigsten Accounts bei Führungskräften hervorgerufen. Daher muss jeder für sich entscheiden, ob man sich der Gefahr aussetzen will, dass Vorgesetzte einen gut gemeinten Post als schlecht oder gar ansehensschädigend bewerten. Dies natürlich verbunden mit möglichen Konsequenzen.

Dabei ist auch bei einem privaten Account Fakt: Jede Äußerung ist letztlich öffentlich und kann nicht zurückgenommen werden. Ein Screenshot ist in einer Sekunde erstellt, jede Story in einer Sekunde gesichert.

**Besondere Verantwortung bei Direktnachrichten:** #instacops bekommen durch-

aus auch DMs, in denen von Suizid geschrieben wird oder strafrechtlich relevante Sachverhalte mitgeteilt werden. Es geht also um unmittelbare Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung. Moralisch wird sich jeder Polizist verpflichtet fühlen, tätig zu werden. Eine Handlungspflicht juristisch abzuleiten mag das andere sein und wird vom Einzelfall abhängen. Sicher muss dabei der konkrete Sachverhalt bewertet werden – und dies im Kontext der Besonderheiten des Legalitätsprinzips für in der Freizeit bekannt gewordene Straftaten. Aber erlangt man eigentlich dienstlich Kenntnis, wenn man die DM während des Dienstes abrufft? Auch das bedürfte einer Klärung. Deutlich wird: Es tun sich beim Betreiben solcher Accounts Handlungszwänge auf. Zudem können rechtliche Unsicherheiten auftreten. Beides wird Zeit und Energie kosten.

**Nervige Kommentare oder Direktnachrichten:** Leider gibt es zahlreiche ungehobelte, bildungsferne Menschen im Netz. Diese Gruppe sondert sexistische, sonstige intelligenzbefreite Kommentare oder gar Hatespeech (Hassrede) ab. Insbesondere dort, in der vermeintlichen Anonymität, ist es natürlich leichter, geistigen Unrat auf den Seiten erkennbarer Staatsdiener abzuladen. Neben erforderlichen, teils zeitintensiven Reaktionen wie Kommentare löschen oder beantworten, kann dies auch zu einer emotionalen Belastung werden.

**Überforderung der Organisation: Meine Erfahrung ist:** Viele Polizeibehörden können sich mit dem Phänomen der #instacops eher noch nicht anfreunden. Es treffen zwei Generationen mit ganz unterschiedlichen Vorstellungen des Auftretens in sozialen Netzwerken, Repräsentation und Storytelling aufeinander. Mentalität und Vorstellungen der Babyboomer (Digital Naives), darunter oft Vorgesetzte, treffen auf die der sogenannten Millennials und „Mobile Natives“. Dazu paart sich ein kontroverser Diskurs innerhalb der jungen Generation, teils vermischt mit einer Neiddebatte. Die Gefahr in Misskredit zu geraten, sei es bei Vorgesetzten oder auch im Kollegenkreis, ist also konkret. Ist es mir das wert?

## Was spricht dafür?

**Polizistin oder Polizist als Mensch und Werbung für den Beruf:** Hier zusammen-

gefasste Antworten auf eine meiner Umfragen in einer Instagram-/Facebook-Story: „Fotos in Uniform finde ich... weil...“

Der Gesamttenor – mit verschiedensten Begründungen – war durchweg positiv. Es mache die wichtige Arbeit sichtbarer, man könne stolz auf seinen Beruf sein und solle das auch zeigen dürfen. Weiter gehöre es zur Identität und zeige den Followern, dass auch ein Polizist ein Mensch mit Privatleben sei.

**DP-Autor Dr. Bernd Bürger**  
schloss 2010 berufsbegleitend den Masterstudiengang Kriminologie und Polizeiwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum ab. 2013 erlangte er den Master in Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement und promovierte 2015. Über zehn Jahre seiner Dienstzeit verbrachte er beim Unterstützungskommando Dachau, einer Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft. Dort ist er als Polizeioberst seit 2015 Kommandoführer.

Die Vielfalt verschiedenster #instacop-Accounts ist beeindruckend. Die überwiegende Mehrzahl davon leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Polizei so wahrgenommen wird, wie sie ist: Nämlich als verdammt toller Haufen von Menschen, die sich engagieren, die vieles auf sich nehmen, um ein friedliches Miteinander zu sichern. Es wird vielerorts sichtbar, dass die Polizei für das Grundgesetz, die Grundwerte einsteht, dass sie politisch gebildet ist und auch eigene Meinungen vertritt. Sichtbar wird, dass Polizeibeschäftigte für ihre Arbeit brennen und beim Problemlösen und Posten kreativ sind. Dass ihnen Menschlichkeit wichtig ist und sie Menschen sind mit Herz, Verstand und Humor.

Und das alles zeigen die vielen #instacop-Accounts zwar in verschiedenen Facetten, aber immer individuell glaubhaft. Bessere kostenlose Werbung für unseren Be-

rufsstand gibt es nicht, und es kann dazu beitragen, das Polizeibild in der Öffentlichkeit in ein menschlicheres Licht zu rücken. Das schafft so authentisch keine Abteilung Öffentlichkeitsarbeit oder Nachwuchswerbung. Daher sehe ich die Entwicklung bei den #instacops total entspannt und würde es wie die Bundeswehr halten: Macht es, und schaltet dabei Euer Hirn ein. Was kurz zusammengefasst deren toll gemachten Social-Media-Guidelines (<https://www.bundeswehr.de/de/social-media-guidelines-bundeswehr>) entspricht.

**Gefahr erkannt, Gefahr gebannt:** Aber können uns gewisse Profile oder Inhalte nicht auch schaden? Ja, natürlich. Grundsätzlich hat sich mit dem Aufstieg der sozialen Medien eines geändert: Es gibt nicht mehr nur die „klassischen vier Gewalten“ (Judikative, Legislative, Exekutive, Medien), sondern dazu eine fünfte: die „vernetzten Vielen“. Da wird schnell etwas entdeckt, geteilt, wird zur Lawine und kann zum Skandal werden – der jedoch nach wenigen Tagen oft schon wieder vorbei ist. An diese Schnellebigkeit sollten wir uns gewöhnen.

Umso wichtiger wäre es, der Kollegenschaft Tipps mit auf den Weg zu geben (siehe Bundeswehr). Dann werden 99,9 Prozent die Polizei zwar je nach ihrer Fassung, aber insgesamt sicher hervorragend nach außen vertreten. Und die restlichen 0,1 Prozent? Was kann denn „Besseres“ passieren, als dass jemand für alle offensichtlich niederschreibt, dass er extremistisch, sexistisch oder wie auch immer nicht mit den Beamtenpflich-

ANZEIGE



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!  
**Telefon: (02207) 76 77** % % % %

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)

# DAS GANZE JAHR IM

## VIERTMONATSPLANER

Format ca. 29 x 68 cm

230151

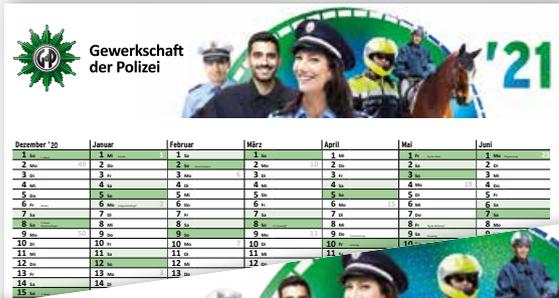
☀ 1,30 € 1,65 €

## TISCHQUERKALENDER

Format ca. 33 x 11,5 cm plus 3 cm Fußleiste

230161

☀ 2,00 € 2,50 €

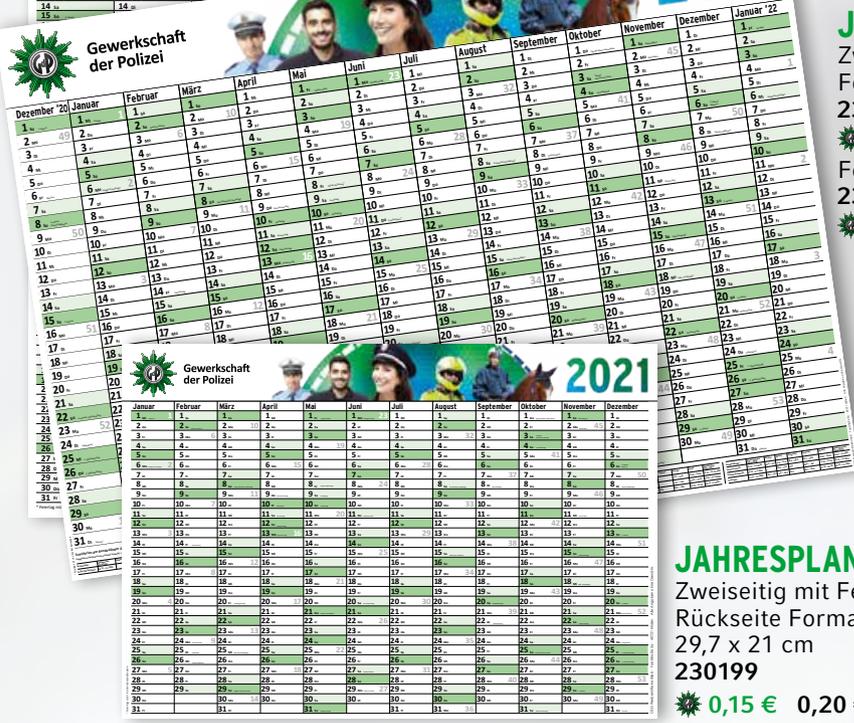


## MOTIVKALENDER

Format DIN A3,  
42 x 29,7 cm

230242

☀ 14,95 € 19,95 €



## JAHRESWANDPLANER DIN A1 + A2

Zweiseitig mit hochformatigem Kalendarium auf Rückseite,  
Format DIN A1, 59,4 x 84,1 cm

230175

☀ 0,45 € 0,60 €

Format DIN A2, 42,0 x 59,4 cm

230187

☀ 0,35 € 0,45 €



## JAHRESPLANER DIN A4

Zweiseitig mit Ferienplan auf  
Rückseite Format DIN A4,  
29,7 x 21 cm

230199

☀ 0,15 € 0,20 €

## KARTENKALENDER

Format ca. 10 x 7 cm

230171

☀ 0,75 € 0,95 €

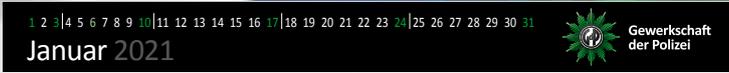
# BLICK



Gewerkschaft  
der Polizei



## Polizeikalender 2021



### BILDKALENDER

Format 62,6 x 44,1 cm  
230216

☀ 11,50 € 14,40 €

### FAMILIENKALENDER

Format 29,7 x 41,5 cm  
230172

☀ 2,70 € 3,40 €

### TISCHAUFSTELLKALENDER

Format ca. 29 x 68 cm  
230240

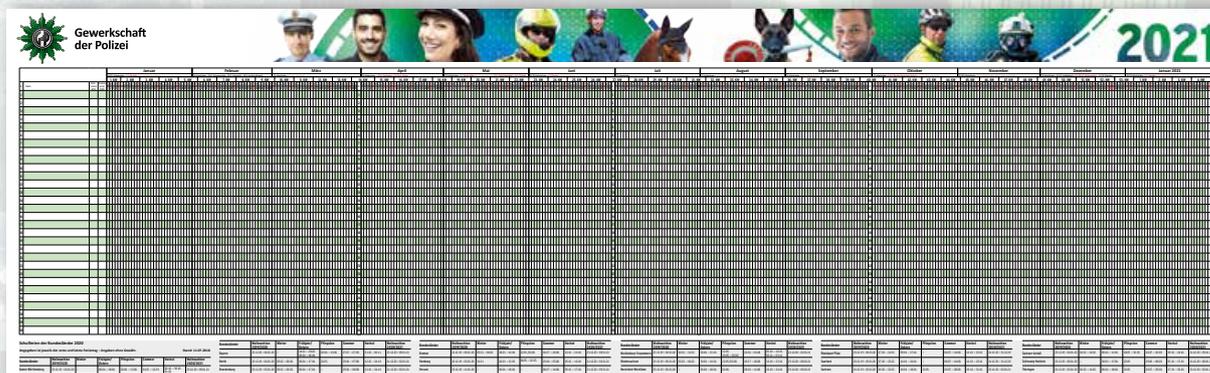
☀ 2,35 € 2,95 €



### BUCHKALENDER

Format DIN A5,  
ca. 14,8 x 21 cm  
230170

☀ 4,95 € 6,20 €



### URLAUBSPLANER

Format 97,5 x 29,7 cm  
230202

☀ 0,75 € 0,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden  
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165  
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

**Letzter Bestelltermin: 30.06.2020!**

Mehr Informationen zu den Produkten und viele  
weitere Angebote finden Sie im Online-Shop unter

[www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)

„Ein Screenshot ist in einer Sekunde erstellt, jede Story in einer Sekunde gesichert.

ten konform agiert? Vermutlich wird das zunächst immer ein Skandal sein, der aber zu beherrschen sein dürfte. Denn der Tatnachweis ist leicht zu sichern und zu führen. Für jede Disziplinarbehörde ein einfacher Fall, bei dem sie zeigen kann, wie viel Wert die Polizei auf Selbstreinigung legt und wie gut das funktioniert.

**Geschmack ist individuell:** Die „Geschmacksache“ ist eine große Grauzone, die regelmäßig zu Kontroversen führt. Zum Beispiel: Passen „sexy“ Bilder oder Stories in ein Profil, in dem man auch mit Uniform zu sehen ist? Als Bayer sage ich „Leben und leben lassen“ (oder für Nicht-Bayern nach Friedrich II von Preußen: „Hier muss ein jeder nach seiner Fassung glücklich werden“). Und auch wenn mir das ein oder andere persönlich nicht so gut gefällt: Wir sollten keine Geschmackspolizei sein. Außerdem folgen den Accounts ja nur Menschen, die genau das gut finden. Und so findet jeder Topf seinen Deckel. Manche haben sogar so viele Anhänger, dass die Printmedien auf sie aufmerksam geworden sind.

### Polizisten als Influencer?

Der Eindruck drängt sich auf, dass Profile mit Fotos in Uniform mehr Interesse wecken und mehr Follower bekommen. Und ja, es gibt auch einige Profile, die auch bezahlt Werbung für irgendwelche Fitness-Drinks, Events oder sonstigen Krimskrams machen. Solange keine direkte Verknüpfung von Uniform und Werbegegenstand gegeben ist, sehe ich persönlich das gelassen. Uniformfotos mit Werbegetränk oder -botschaft dagegen empfinde ich hingegen inakzeptabel und mit dem Polizeiberuf nicht vereinbar. Spätestens mit bezahlter Werbung wird es eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit – wobei mir auch hier gänzlich unterschiedliche Bewertungen bekannt sind. Ein Bundesland vergibt solche Genehmigungen, ein anderes lehnt es strikt ab. Mal sehen, was sich (gerichtlich) durchsetzt.

### Das Paradoxon: Warum tue ich es trotzdem?

Aus dem ersten Textabschnitt wird klar, warum ich als Polizist nicht in sozialen Medien auftreten würde. Aber de facto habe ich seit

August 2019 einen Insta-Account und bin dort als Polizist erkennbar. Ein Widerspruch?

Auf die Idee, einen Insta-Account zu eröffnen, hat mich eine Freundin gebracht. Sie ist dort sehr aktiv, und wir sprachen darüber, was ihr das eigentlich bringt. Sie hat meine Frage umgedreht: Ob denn meine Mitarbeiter wüssten, was ich denn den ganzen Tag so mache oder welche Veranstaltungen ich besuche? Ihrer Erfahrung nach interessiere das viele Freunde und Mitarbeiter.

„Und die restlichen 0,1 Prozent? Was kann denn „Besseres“ passieren, als dass jemand für alle offensichtlich niederschreibt, dass er extremistisch, sexistisch, oder wie auch immer nicht mit den Beamtenpflichten konform agiert? Vermutlich wird das zunächst immer ein Skandal sein, der aber zu beherrschen sein dürfte.

Nun ist das als Polizist nicht ganz so einfach. Ich kann eigentlich keine Fotos von Besprechungen oder Einsätzen privat posten. Aber ich habe den Gedanken weitergesponnen und mich in die Situation zurückversetzt, als ich Polizeimeister beim Unterstützungskommando war. Was wusste ich denn vom Kommandoführer? Nichts. Und ich hätte mich auch niemals getraut, ihn anzusprechen. Ihn etwa zu fragen, was er denn für ein Mensch ist. Also wollte ich ausprobieren, ob man über Insta für die junge Generation erlebbarer werden kann. Ich poste jetzt regelmäßig, wo ich unterwegs bin. Allerdings immer mit starkem Bezug zu meinem Alter Ego als Wissenschaftler und minimalen bis keinen Andeutungen zu meinen eigentlichen Aufgaben als Führungskraft der bayerischen Polizei oder als Kommandoführer. Dies insbesondere aus einem Grund: Ich glaube, basierend auf meinen bisherigen Erfahrungen, dass sich die Begeisterung darüber in der Organisation stark in Grenzen halten würde.

Auch sehe ich meinen Insta-Account als Live-Sozialexperiment, mit dem ich un-

ter anderem versuche, die Welt der #instacops besser zu verstehen. Ich wollte erfahren, wie es sich anfühlt, private Dinge zu teilen, wie die Reaktionen der Follower sind, wie schnell der Account wächst, wie ich mit den Likes oder fehlenden Likes umgehe und das alles auf mich wirkt. Außerdem kann ich im Netz seit G7 und G20 meinen Beruf nicht mehr verbergen. Wer meinen Namen googelt, findet genügend Bilder oder Clips mit mir, die im Namen des Dienstherrn veröffentlicht wurden. Eine niedrige Hürde.

### Bald ein „Corporate Influencer“

Meine ersten Eindrücke als „halber“ #instacop („halb“, weil nur geringer Polizeibezug) sind durchaus positiv. Auch wenn ich keine direkten dienstlichen Dinge teile, wer mir folgt, kann mich ein Stück weit kennenlernen. Man erfährt, dass es mir wichtig ist, fit zu bleiben, dass ich eine Familie habe, mit der ich sehr gerne Zeit verbringe, und dass ich Wissen(-schaft), also #Hirneinschalten, für äußerst bedeutsam halte.

Ich glaube ebenso, dass man an meinen Fotos sehen kann, dass ich ein fröhlicher, eigentlich immer gut gelaunter Typ bin. Schadet doch gar nicht, wenn die Mitarbeiter das wissen.

Vielleicht gibt es ja eines Tages für bayerische Polizeibeamte offiziell die Möglichkeit, ein Corporate Influencer zu werden, so wie es die Polizei Niedersachsen in ähnlicher Weise schon betreibt. Man könnte mehr posten, zum Beispiel Einblicke ins Training, aber auch Werte und Einstellungen vermitteln. Ebenso könnte man den Führungsalltag erlebbar machen und darstellen, dass Führung richtig Spaß machen kann, man etwas gestalten kann. Einen Versuch wäre es wert. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir so nicht nur die Nachwuchswerbung allgemein, sondern auch das Werben um Führungsnachwuchs verbessern könnten.

Ob ich meinen Account so weiterführe, ist allerdings noch offen. Ein wenig private Zeit kostet mich der Account schon. Im kommenden August wird evaluiert und alle Follower können mir ein strukturiertes Feedback geben. Anhand dieser Rückmeldung treffe ich die Entscheidung, ob und wie mein Experiment @doc\_bay weitergeht. Ich freue mich über Feedback und Diskussionen zum Artikel unter [docbb.de/instacops](https://docbb.de/instacops). ■

## Im Gespräch



Foto: Philipp Mantke

Auf zwei Etagen lagern über 700 Artikel in 7.500 Größen.

### AUSSTATTUNG

# An normalen Tagen gehen bei uns 1.000 Pakete raus

Das Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN) in Hannoversch Münden plus einer Außenstelle in Hannover ist die zentrale Beschaffungsstelle des Landes. Mittlerweile beliefert sie auch Polizeien in weiteren Bundesländern. Über 100.000 Kunden stehen in ihren Listen. Wie das alles funktioniert, erklären Geschäftsführer Frank Hintze, Brigitte Dunkel aus dem Team Einkauf und Christian Ahrens, Abteilungsleiter Zentrale Dienste, im DP-Interview.

**Philipp Mantke**

**DP:** Das LZN wurde 2001 als Logistikzentrum für Niedersachsen gegründet, mittlerweile gehen die Artikel auch in andere Bundesländer. Wer gehört zu Ihren Kundinnen und Kunden?

**Frank Hintze:** Wir beliefern derzeit über 115.000 Kundinnen und Kunden mit zwei Bekleidungslinien. Seit 2016 statten wir Bayerns Polizei und Justiz mit 35.000 Angehörigen mit einer eigenen Bekleidungslinie aus. Der größere Auftrag ist die Uniform des sogenannten Nordverbundes mit rund 70.000 Kundinnen und Kunden. Dazu gehören die Länderpolizeien und in der Regel auch die Justiz aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und seit Oktober 2019 Thüringen. Auch das Bundesamt für Güterverkehr hat komplett auf die Bekleidungslinie des Nordverbundes umgestellt.

Wir liefern ebenso Polizeibekleidung in neutraler Ausführung, also Artikel ohne den Aufdruck „Polizei“. Dafür gibt es zum Beispiel von kommunalen Ordnungsämtern eine immense Nachfrage. Aufgrund größerer Bestellmengen kommt das letztlich auch der Polizei zugute.



**CYBERCRIME!**  
MIT VORSICHT IM NETZ

[www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**P**OLIZEI  
**DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps  
hierzu auf dem **Präventionsportal**  
der Gewerkschaft der Polizei

**DP-Autor Philipp Mantke** führte das Interview. Er ist Polizeibeamter und Redakteur des DP-Landesjournals Niedersachsen.



Foto: privat



**Blick auf die LZN-Regalreihen: Die Artikel sind nicht nach Artikelart, sondern nach Bestellhäufigkeit sortiert. Die am häufigsten bestellten Artikel lagern beisammen. Laufwege werden reduziert, die Arbeitenden entlastet.**

**DP: Warum lohnt es sich für die Bundesländer mit dem LZN zu kooperieren, anstatt eigene Logistikzentren und Linien zu betreiben?**

**Hintze:** Es ist ein äußerst anspruchsvolles Geschäft. Länder wie Hamburg oder Bremen, aber auch Niedersachsen allein, hätten heutzutage Probleme, die Versorgung nur ihrer eigenen Beamtinnen und Beamten mit Dienstkleidung sicherzustellen. Es geht ja nicht nur um die erstmalige Beschaffung. Im Rahmen des Nachkaufs werden deutlich geringere Stückzahlen ausgeschrieben. Es ist sehr schwer, diese Artikel dann in der gewünschten Zeit und zu einem guten Preis zu bekommen. Daher haben sich die Länder des Nordverbundes zusammengetan und auf eine gemeinsame Bekleidungsline umgestellt. Neukunden wie Thüringen fragen an, ob der Nordverbund sie beliefern würde. Mit den Kooperationspartnern wird das besprochen und freigegeben, bevor wir mit dem Kunden in Verhandlungen treten. Derzeit führen wir mit zwei weiteren Bundesländern Gespräche.

**DP: Und wie verfahren andere Länder?**

**Hintze:** Wir wissen, dass beispielsweise Berlin mit Brandenburg zusammenarbeitet. Das Logistikzentrum Baden-Württemberg kooperiert

mit Hessen. Wir kennen aber kaum eine Polizei, die bei Lieferengpässen nicht schon mal bei uns nachgefragt hat, ob wir sie im Rahmen der Amtshilfe unterstützen können. Es ist ein äußerst komplexes Geschäft!

**DP: Wie läuft eigentlich das Geschäft ab?**

**Christian Ahrens:** Ein Artikel wird bestellt und ist lieferbar. Sie klicken im Webshop auf „Bestellung abschicken“ und geben damit einen Auftrag ab. Dieser wird automatisch in unser Warenwirtschaftssystem eingespielt. Unsere Logistik nimmt jeden Tag aus diesem Auftragspool eine bestimmte Anzahl an Aufträgen heraus. An normalen Tagen gehen bei uns ungefähr 1.000 Pakete raus. Abgearbeitet wird nach dem Prinzip: der älteste komplette Auftrag wird aus dem System gezogen. Die Aufträge werden dann an die Kolleginnen und Kollegen in der Logistik auf einen Handscanner übertragen und mittels dieses Scanners findet dann der sogenannte „Pick-Vorgang“, das Zusammentragen der einzelnen Lager-Artikel statt.

**Hintze:** Wichtig ist die Bezeichnung „kompletter Auftrag“. Eine durchschnittliche Bestellung umfasst drei bis vier Artikel. Wenn alle Teile da sind, gibt es keinen Grund, diesen kompletten Auftrag nicht sofort auszu-

liefern. Wir haben die Wirtschaftlichkeit im Fokus. Wenn wir die Bestellung in zwei Lieferungen aufteilen würden, bedeutete das zwei Pakete, doppelte Fracht-, Personal- und Verpackungskosten.

Wenn der fehlende Artikel innerhalb der nächsten drei Wochen angekündigt ist, halten wir den Gesamtauftrag zurück, bis der Artikel geliefert wurde, um dann den Auftrag komplett abzuarbeiten.

Natürlich kann auch etwas Unvorhergesehenes passieren. Sie bestellen beispielsweise mehrere vorrätige Artikel und ein

„Wir sind schon sehr individuell, noch individueller wäre nur eine Maßanfertigung!“

Hemd, das aktuell nicht im Lager ist, aber in unter drei Wochen angekündigt wird. Einige Tage später meldet der Lieferant, dass sich die Lieferung um eine oder zwei Wochen verzögert. Irgendwann kommt es zu einer weiteren Verzögerung. Den Zeitraum halten



**Frank Hintze**  
Logistik Zentrum  
Niedersachsen

„Wir spüren, die Lieferketten unserer Vertragspartner werden immer stärker beeinträchtigt. Lieferanten und Hersteller können oftmals nicht einmal Auskünfte über Lieferzeiten mitteilen, da auch die Beschaffung benötigter Rohmaterialien teils nicht mehr möglich ist.“

„Unseren Kunden liefern wir, wenn auch nur vorübergehend, neben Dienst- und Schutzkleidung durch unsere eigene Logistik Schutzbrillen, Handschuhe, Desinfektionsmittel und eine Vielzahl von Schutzmasken aus.“



Sie haben im LZN alles im Blick: (v.l.) Gerhard Blackert (LZN Logistik), Christian Ahrens, Brigitte Dunkel und Frank Hintze.

wir für unseren Kunden für nicht mehr akzeptabel und stoßen eine Teillieferung an.

Wir hatten zwar die Erwartung, dass uns das Hemd rechtzeitig für eine Komplettlieferung erreicht. Wir sind aber auch in gewisser Weise fremdbestimmt.

#### **DP: Warum halten Sie dann nicht mehr Ware im Lager vor?**

**Hintze:** Unser Ziel ist es, Lagerware binnen 90 Tagen umschlagen zu können. Ware für 365 Tage setzt riesige Lagerhallen voraus und bedeutet deutlich höhere Kosten. Das schlägt sich am Ende auf den Verkaufspreis nieder. Wir möchten das, was benötigt wird am Lager haben, Ladenhüter aber vermeiden. Diese müssen, wenn sie unverkäuflich sind, abgeschrieben und vernichtet werden. Diese Kosten würden dann unsere Kundinnen und Kunden tragen.

#### **DP: Warum sind öfter Artikel nicht vorrätig?**

**Brigitte Dunkel:** Nicht selten kann der Lieferant die Ware nicht rechtzeitig liefern – auch wenn er verpflichtet ist, eine gewisse Menge vorzuhalten. Es kommt auch öfter vor, dass wir Ware ablehnen, weil uns die Qualität nicht genügt. Dann gibt es noch die Auf-

tragsspitzen: Gerade zu Jahresanfang, wenn alle ihr persönliches Bekleidungsbudget erhalten, haben wir auch einen sehr hohen Auftragseingang, sind aber an unsere Lagerfläche gebunden. Auch zu Beginn der neuen Studien- und Ausbildungsjahrgänge gibt es für uns deutlich mehr zu tun.

**Hintze:** Die Planbarkeit ist schwierig. Wir kennen zu allen Artikeln die durchschnittlichen Verkaufsmengen und den Saisonverlauf. Nichtsdestotrotz kommt es regelmäßig zu Abweichungen. Ein Beispiel: Haben wir einen heißeren Sommer als üblich, bestellen unerwartet viele Kundinnen und Kunden ein weißes, kurzärmeliges Hemd.

**Dunkel:** Ein anderes Beispiel ist die kurzfristige Umstellung der Cargohose in Niedersachsen. Diese wurde 2018 mit Biese eingeführt. Das sind schmal abgenähte, teils farbige Fältchen an einem Kleidungsstück. 2019 wurde die Hose wieder ohne Biese gefordert. So schnell kann unser Lieferant gar nicht reagieren. Natürlich kommt es da zu Lieferengpässen.

#### **DP: Warum kann die Bekleidung eigentlich nicht individueller angepasst werden?**

**Hintze:** Diese Frage wird immer mal wieder gestellt. Hier in Hannoversch Münden im

Bereich „Dienst- und Schutzkleidung“ haben wir 700 Artikel in 7.500 Größen. Nehmen wir das „Hemd dunkelblau Kurzarm“. Hier gibt es allein acht Größen. Die „Chinohose dunkelblau Herren“ hat sogar 30 Größen. Suchen sie mal in einem Geschäft eine solche Vielfalt. Wir sind schon sehr individuell, noch individueller wäre nur eine Maßanfertigung!

#### **DP: Wie wird entschieden, ob neue Artikel in den Produktkatalog aufgenommen werden?**

**Hintze:** Das wird grundsätzlich innerhalb der Kooperationspartner einstimmig beschlossen. Natürlich kommt es auch mal vor, dass ein Land einen Artikel einführt, sich dies herumspricht und andere nachziehen. Schöner finde ich es, wenn sich von Anfang an gemeinsam auf etwas verständigt wird, denn sonst wird die Beschaffung deutlich komplizierter.

**Dunkel:** So war es bei der Einsatzbekleidung der Bereitschaftspolizei. Diese war in Schleswig-Holstein schon immer aus schwer entflammbarem Aramid, die anderen Kooperationspartner hingegen setzten auf schwer entflammbare Baumwolle. Dadurch, dass sich alle Kooperationspartner nun auch



Frank Hintze

Logistik Zentrum  
Niedersachsen

„Es zeigt sich ja gerade jetzt, wie abhängig wir hierzulande angesichts nicht vorhandener Fertigungsprozesse sind. Andererseits konnten wir aber unser gutes Netzwerk an weltweit tätigen Vertragspartnern nutzen, um die jetzt ganz dringend benötigten Infektionsschutzgüter zu beschaffen.“

„Unsere Logistik kann nicht im Homeoffice arbeiten – eine große Herausforderung hinsichtlich des Arbeitsschutzes. Wir arbeiten bereits seit Anfang März mit einem Schichtmodell, um für den Fall einer Infektion eine zweite Mannschaft vorhalten zu können.“

für Aramid entschieden haben, sind die Artikel für uns besser beschaffbar und für alle günstiger in der Bestellung.

**DP: Bei vielen Kolleginnen und Kollegen entsteht der Eindruck, dass der Vorgang zwischen erster Erprobung und der regulären Einführung sehr lange dauert. Wie läuft der Prozess eigentlich ab?**

**Dunkel:** Schauen wir auf den Ablauf beim neuen Poloshirt des Nordverbundes. Die Fachgruppe beschloss die Erprobung Ende März 2018. Für den Trageversuch wählten die Länder Probeträgerinnen und -träger aus. Diese Exemplare wurden bestellt und hergestellt. Da es sich um spezielle Stoffe und Farben handelt, haben wir mit 12 bis 14 Wochen Lieferzeit kalkuliert.

Von Juli bis September 2018 dauerte der Trageversuch. Bereits im September wurde in der Fachgruppensitzung die Einführung empfohlen und dem Kooperationsgremium vorgestellt. Im Oktober wurde die Einführung beschlossen, im Dezember die Poloshirts dann europaweit über eine Vergabeplattform ausgeschrieben. Angebotsschluss war der 12. Februar 2019. Wir müssen den Bietern die Möglichkeit und ausreichend Zeit geben, da diese mit Abgabe des Angebots ein Angebotsmuster entsprechend der technischen Lieferbedingungen einreichen müssen.

**Hintze:** Hinzu kommt: Der Lieferant hat den geforderten Stoff möglicherweise nicht vorrätig, muss ihn also erst herstellen. Das geht nicht von heute auf morgen, vor allem, wenn es sich um keinen gängigen Stoff handelt.

**Dunkel:** Für die Herstellung des Stoffs und eines Musters vergehen teilweise 14 bis 16 Wochen. Im Falle des Poloshirts war es so. Nach Abschluss der Angebotsauswertung konnte der Zuschlag am 25. März 2019 erteilt werden. Der Hersteller erhält Produktionsaufträge, mit denen wir die zu produzierenden Mengen in den Konfektionsgrößen bestimmen. Vor Freigabe der Produktion fordern wir ein Vorproduktionsmuster. Am 5. Juni haben wir die Produktion freigegeben. Die erste Lieferung haben wir schließlich am 22. Juli erhalten.

**Hintze:** Das sind beinahe anderthalb Jahre. Es gibt kein Fenster, in dem Zeit hätte eingespart werden können. Wenn ein Land wie Bayern eine komplett neue Uniformlinie bestellt, dann rechnen wir realistisch mit zwei Jahren Vorlaufzeit.

Im Falle der Poloshirts hat alles reibungslos funktioniert. Es kommt aber auch vor, dass es zwei oder drei Bieter gibt, die sich streiten. Dann geht es gegebenenfalls vor die Vergabekammer, wo die Streitfrage entschieden wird. Das kann dazu führen, dass erneut ausgeschrieben wird. Dann dauert es schnell ein halbes Jahr länger.

Anderthalb bis zwei Jahre sind einfach realistisch. Dieses Zeitfenster können wir nicht reduzieren, denn es handelt sich um individuell gefertigte Kleidung und keine zugekauften beziehungsweise handelsüblichen Artikel. Bei unseren Sportartikeln ist es etwas Anderes. Uniformteile werden aber auf Grundlage unserer Spezifikationen und Leistungsbeschreibungen nur für uns gefertigt!

**DP: Herr Hintze, Sie arbeiten seit zehn Jahren beim LZN. Was hat sich in dieser Zeit verändert?**

**Hintze:** Wir sind heute deutlich effektiver. Es gibt auch keine Papierkommissionierung mehr. Alles wird elektronisch erfasst. Früher wurde ein Auftrag nach dem anderen abgearbeitet, das funktioniert mittlerweile ganz anders.

„Ein eigener Betrieb ist bei 10.000 oder 20.000 Beamtinnen und Beamten heutzutage einfach nicht mehr wirtschaftlich.“

Wir arbeiten im Lager mit Handscannern, auf die die Aufträge mit einem intelligenten System im Hintergrund übertragen werden. Bei tausenden Aufträgen im System werden vier Aufträge parallel auf einen Scanner übertragen. So gehen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur einen Weg, auf dem sie alles erledigen können. Das System erkennt auch: Wir haben neue Schuhe geliefert bekommen und können ausstehende Lieferungen mit Schuhen abarbeiten. Der Scanner zeigt dann automatisch nur diese Artikel an, und der Mitarbeiter kann sich gleichzeitig um 20 Aufträge kümmern.

Früher haben wir vielleicht 400 Pakete am Tag geschafft, an Spitzentagen schaffen

wir heute 2.500 Pakete. Weil wir konsequent auf Digitalisierung gesetzt haben, konnten wir den Ausstoß deutlich erhöhen.

**DP: ... und was ist noch neu?**

**Hintze:** Retouren werden heute vom Kunden zu Hause in Auftrag gegeben und nur noch automatisiert abgescannert. Wir schaffen damit Mengen wie Zentren mit der zehnfachen Anzahl an Mitarbeitern.

Die Beamtinnen und Beamten werden mittlerweile in die Beschaffung einbezogen. Das heißt, sie haben selbst die Möglichkeit ihre Wünsche und Anregungen mit unterzubringen.

Wir haben heute ein Aufkommen von 120.000 Rechnungen per anno. Darum setzen wir auf die E-Rechnung. Dadurch erklären sich die geringen Verwaltungskosten. Beim LZN bekommen die Beamtinnen und Beamten das Meiste für ihr Geld.

Damit beantworten wir den Ländern auch die Frage: „Bau ich ein eigenes Logistikzentrum oder setze ich auf so eine Kooperation mit niedrigen Verwaltungskosten?“

**DP: Und wohin geht die Reise? Was wird in den nächsten zehn Jahren kommen?**

**Hintze:** Wir planen aktuell einen dringend benötigten Hallenneubau – über 1.000 Quadratmeter auf zwei Ebenen. Neben der reinen Lagerfläche wollen wir unser eigenes Labor ausbauen und uns unabhängiger von externen Untersuchungslaboren machen. Bereits heute prüfen wir Gewicht, Passform und Farbe selbst.

Beim blauen Hemd der bayerischen Uniform haben wir beispielsweise 32 Farbtöne abgelehnt, weil sie nicht dem ausgeschriebenen Farbton entsprachen. Das ist nur mit entsprechendem Gerät erkennbar. Dieses Gerät zeigt wie das Hemd bei Tageslicht aussieht, bei Neonlicht oder in der Abenddämmerung. Die Farbtöne müssen identisch sein, auch nach zehn oder 20 Wäschen.

Wir sind für die Zukunft gut aufgestellt und anderen Wettbewerbern um einige Jahre voraus. Es ist nicht damit getan, eine Halle hinzustellen. Man benötigt für das Geschäftsmodell viel Zeit. Ich gehe davon aus, dass künftig weitere Länder bei uns einsteigen, da ein eigener Betrieb bei 10.000 oder 20.000 Beamtinnen und Beamten heute einfach nicht mehr wirtschaftlich ist.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch!**

## Innenleben

QUO VADIS JUNGE GRUPPE (GdP)?

# Die Richtung stimmt!

Es liegt in der Natur der Sache, dass der Geschäftsführende Bundesjugendvorstand (GBJV) mit hehren Zielen in seine Amtszeit startet. Schließlich verschreiben wir uns der Fortentwicklung der Gewerkschaft der Polizei. Neue Impulse und eine Prise Kritik dürfen neben unserem Schwerpunkt – die Interessen der Kolleginnen und Kollegen unter 30 Jahren zu vertreten – da natürlich nicht fehlen. Zeit für ein Resümee. Was haben wir erreicht, was liegt noch vor uns?

**Martin Meisen**

### Erstmals die Große Bühne

Kaum begann unsere Amtszeit, stand 2018 der Bundeskongress vor der Tür, nicht weniger als das höchste Gremium in der Gewerkschaft der Polizei. Er kämpften wir uns 2014 noch das Teilnahmerecht als GBJV, war es nun an der Zeit – getreu dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ – dem Bundeskongress den Zukunftsgeist zu vermitteln. In Teilen fehlt schließlich noch immer das Verständnis, dass insbesondere unser höchstes Gremium generationen- und geschlechtergerecht abgebildet werden muss und so das Fundament für künftige Zeiten gelegt wird. Wir haben argumentiert, taktiert, gestritten und am Ende ganz sicher nicht verloren. Dass ein Antrag abgelehnt wird, ist keine Niederlage. Wenn viele Delegierte später aus dem Saal gehen und die Botschaft in ihren Landesbezirk, Bezirk, ihre Bezirksgruppe und Kreisgruppe tragen, ist für die GdP viel gewonnen. Und auf dem Bundeskongress 2022 – versprochen – werden wir wieder debattieren.

### Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Zu Beginn unserer Amtszeit stand die Zusammenarbeit mit der DGB-Jugend unter keinem guten Stern. Auf deren Bundesjugendkonferenz hatte man sich für die Abschaffung des Paragraf 114 Strafgesetzbuch (StGB) ausgesprochen. Was folgte, waren landauf, landab viele GdP-Debatten über die Sinnhaftigkeit der Zugehörigkeit zum DGB. Doch da wir im GBJV davon überzeugt sind – und waren –, dass das Prinzip der Einheitsgewerkschaft weiterhin der richtige Weg ist, haben wir in der JUNGEN GRUPPE (GdP) und auch darüber hinaus um die Zugehörigkeit zum DGB gestritten. Teil des DGB zu sein, erachten wir als eine große Errungenschaft unserer GdP.

Es gelingt uns als JUNGE GRUPPE (GdP) mittlerweile zwischen unserer Gewerkschaft und den DGB-Strukturen zu vermitteln und auch unsere Standpunkte als junge Polizeibesetzte zu vertreten. Ein Engagement, das nicht nur in den eigenen Rei-

hen für positive Resonanzen sorgt, sondern ebenfalls in den Reihen der DGB-Jugend für Anerkennung sorgt. Wir werden auch weiterhin dafür kämpfen, dass unsere Stimme dort gehört wird!

### Internationales

Globalisierung macht auch nicht vor den Polizeien halt. Grenzüberschreitende Kriminalität ist schon längst im Alltag der Polizeien angekommen. Und mit der neuesten Frontex-Verordnung ist die Zielrichtung klar – Polizeiarbeit muss europäisch stärker vernetzt werden und als gemeinsame Aufgabe verstanden werden. Was der GBV 2018 mit der Premiere der „International Police Youth Conference (IPYC)“ in Brüssel begann, haben wir gern übernommen. Die Fortführung im Jahresturnus ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Wo Kolleginnen und Kollegen europäischer Polizeibehörden zusammenarbeiten, muss auf der anderen Seite auch ein starkes Gewerkschaftsbündnis stehen. Eine europäische Mitarbeitervertretung ist für uns obligatorisch.

### Gesellschaftspolitik

Als Teil des DGB haben wir das Selbstverständnis neben der Polizeiarbeit auch gesellschaftspolitische Themen in den Fokus zu stellen. Ein zentraler Baustein ist die jährliche Gedenkstättenfahrt der JUNGEN GRUPPE (GdP) nach Krakau. Mögen Teile der Gesellschaft die Symbolik der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz in Polen als verblissend ansehen, ist und bleibt es für uns ein besonderer Teil deutscher Polizeigeschichte und unserer Gewerkschaftsarbeit. Es geht weniger um das Geschehene, sondern um die Lehren, die wir daraus ziehen, und welchen Einfluss es auf unser Rollenverständnis als Polizistinnen und Polizisten hat. Daher sollte nach unserer Auffassung gesellschaftspolitische Bildung und eine Gedenkkultur elementarer Bestandteil der Polizeiausbildung sein.

Aber auch der Blick über den Tellerrand ist uns nicht fremd. Wir erkennen die partielle Empfänglichkeit der Menschen in diesem Land für populistische Strömungen. Doch weder diese Menschen noch die Urheber gilt es zu verteufeln. Wir als Teil der



”

Wir haben argumentiert, taktiert, gestritten und am Ende ganz sicher nicht verloren. Dass ein Antrag abgelehnt wird, ist keine Niederlage. Wenn viele Delegierte später aus dem Saal gehen und die Botschaft in ihren Landesbezirk, Bezirk, ihre Bezirksgruppe und Kreisgruppe tragen, ist für die GdP viel gewonnen. Und auf dem Bundeskongress 2022 – versprochen – werden wir wieder debattieren.

Gewerkschaftsbewegung verstehen es viel mehr als richtigen Weg, die Menschen in diesem Land zur Teilhabe an der Demokratie zu animieren. Mit unserer demnächst startenden Kampagne #mehrDemokratie setzen wir uns als Polizeibeschäftigte offensiv für das Grundgesetz ein und sehen uns als aktiven Teil der Zivilgesellschaft.

**Digital in die Zukunft**

Längst hat die Digitalisierung die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik erreicht und mit dem Programm Polizei2020 ein Projekt etabliert, dass die IT-Landschaft und die Arbeitsabläufe der Polizeien von Bund und Ländern signifikant prägen und verändern wird. Hier muss die GdP mitreden und sich einmischen. So wurde auf Betreiben der JUNGEN GRUPPE (GdP) eine IT-Kommission als Beratungsgremium für den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand implementiert. So kann man diesem zukunftssträchtigen Projekt die notwendige Aufmerksamkeit und Begleitung schenken.

Auch die GdP muss sich stets in die aktuelle Zeit setzen. Wurde im Rahmen der Bundesjugendkonferenz 2018 noch die neue GdP-App gelauncht, ist unser zentrales An-

liegen die Nutzung sozialer Medien. Neben der Institution DP - DEUTSCHE POLIZEI konsumieren junge Kolleginnen und Kollegen gemäß der Shell-Jugendstudie Informationen zum Großteil via Social Media. Hier heißt es, auf der Höhe der Zeit zu sein. Daher haben wir die AG Social Media ins Leben gerufen, um als JUNGE GRUPPE (GdP) den Ansprüchen der Mitglieder gerecht zu werden und diese adäquat zu adressieren.

Halbzeit heißt längst nicht auslaufen lassen und sich zurücklehnen. Neben den Projekten #MehrDemokratie, AG-Social Media, DGB und der IPYC werden wir uns in einem Fachforum mit der Aus- und Fortbildung sowie der Personalentwicklung bei den Polizeien auseinandersetzen. Kurz gesagt „die ersten zehn Jahre bei der Polizei“. Daneben stehen die Stärkung des Ehrenamtes auf der Agenda, die Vernetzung der Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie die Vertiefung der Gespräche im politischen Raum. Spannende Aufgaben in Zeiten von Corona! ■

ANZEIGEN

**KAPITALMARKT**

**Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**  
 Vorteilezins für den öffent. Dienst  
 Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 Baufinanzierungen echt günstig

**0800 - 1000 500** Free Call  
 Wer vergleicht, kommt zu uns.  
 Seit über 40 Jahren.

**NEUER exklusiver Beamtenkredit** - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig  
**2,50%** echter Vorteilezins  
 \*\*\*\*\*  
 effektiver Jahreszins  
**SUPERCHANCE** Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.  
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!  
**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen**

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

**AK FINANZ**  
 Kapitalvermittlungs-GmbH  
 E3, 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Tel: 06241 173180-0  
 info@ak-finanz.de  
 www.AK-Finanz.de

sehr gut Exklusivzins

**Finanzierung Hausbesitzer**  
 Kreditzusammenfassung bis 50 % Raten senken, Kreditkündigung, Zwangsversteigerung, neg. Schufa  
**www.ihr-bankpartner.de**  
 Tel.: 03681-351703

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

**Unser Versprechen:** „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de** • Nulltarif-0800-33 10 332  
 Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



**JETZT INFORMIEREN!**  
 Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
 Gewerkschaft der Polizei  
 Das Präventionsportal

**www.Polizeifeste.de**  
**Alle Polizeifeste auf einen Blick**

## Hinterfragt

### EXTREMISMUS

# Das Hufeisenmodell – zeitgemäß oder Auslaufmodell?

Ist Rechtsextremismus gefährlicher oder bösartiger als Linksextremismus? Benötigt linke Gewalt zwingend die violente Aktivität der Rechten? Die Debatte über das sogenannte Hufeisenmodell, vor allem aber über die Bewertung und Gewichtung der diametral extremistischen Lager hat Fahrt aufgenommen.

**Dr. Florian Hartleb**



Foto: Heiko Mehlis

Bei Diskussionen über sich entwickelnde extremistische Gefahren im nationalen wie internationalen Rahmen liegt momentan der Schwerpunkt „auf rechts“. Offenbar besteht ein klarer Trend, eine neue Form der Radikalisierung angesichts der Attentate in Halle im Oktober und im Februar in Hanau: vom virtuellen Hass zum Livestream-Attentat. Der 27-jährige Stephan Balliet versuchte mitten am Tag in eine jüdische Synagoge in der Saalestadt einzudringen und ermordete nach dem Misserfolg willkürlich zwei Menschen. Er streamte live auf der Plattform Twitch. Der 43-jährige gelernte Bankkaufmann Tobias Rathjen tötete in der hessischen Stadt kaltblütig neun Menschen mit ausländischen Wurzeln sowie seine eigene Mutter. Anschließend beging er Selbstmord.

Ähnliche Fälle gab es auch im globalen Kontext, etwa im März 2019 im neuseeländischen Christchurch und im vorigen August in El Paso im US-amerikanischen Bundesstaat New Mexico.

Ein Trend lässt sich schwer bestreiten, wie auch das US Department für Homeland

Security in dem Dokument „Strategic Framework for Countering Terrorism and Targeted Violence“ aus dem Spätsommer 2019 konstatiert. Rechtsterroristen nutzen eben für die Verbreitung ihrer Botschaften mehr und mehr weniger bekannte Seiten wie „Gab“, „8chan“ und „EndChan“ sowie weitere verschlüsselte Kanäle.

Die Bedrohung durch rechten Terror machten im politischen Raum die Ausführungen von Bundesinnenminister Horst Seehofer und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bei der Bundestagsdebatte zu Hanau Anfang März deutlich. Schäuble sagte: „Hanau fordert vor allem: Aufrichtigkeit vom Staat, die rechtsextremistische Gefahr zu lange unterschätzt zu haben.“ Für diese Tätertypen, rechtsextremistisch inspirierte „Einsame Wölfe“, traf zu, was der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, auf der Herbsttagung im November als typisches Merkmal klassifizierte. Er sprach vom Täter „ohne jedwede polizeiliche Vorerkenntnisse – von uns noch unbekanntenen Personen also, die sich offenbar von den Sicherheitsbehörden unbemerkt im

Hintergrund radikalisiert haben, um dann scheinbar aus dem Nichts zum ersten Mal zuzuschlagen.“

### Rechts erscheint gefährlicher

Der hoch gefährliche Rechtsextremismus hat sich internationalisiert. Beispiele hierfür sind Aktivisten der sogenannten Atomwaffen- und Feuerkriegsdivision sowie der Oldschool Society oder der aufgefliegenen mutmaßlichen rechtsterroristischen „Gruppe S.“. Von Linksextremismus hingegen ist kaum die Rede. Das gilt für linksextremistisch inspirierte Einzeltäter ebenso wie für Netzwerke. In der alten Bundesrepublik war das grundlegend anders. Dafür sorgte vor allem die Existenz der Rote Armee Fraktion (RAF).

Dieses Ungleichgewicht eröffnet Fragen in der Bewertung, aber auch der Vergleichbarkeit von Rechts- und Linksextremismus. Diese wird im öffentlichen Raum heftig diskutiert und besitzt Relevanz für die polizeiliche Arbeit. Rechtsextreme Vorkommnisse häufen sich mutmaßlich auch bei der Polizei. Seit dem Vorjahr würden mehr als 90 rechtsextreme Fälle verfolgt, schrieb „die tageszeitung“ Anfang März. Die Diskussion hatte sich an den Turbulenzen um die Wahl in Thüringen entzündet. Ist der Kampf gegen den Extremismus mittlerweile umstritten?

### Das Hufeisenmodell

Entscheidend für den Debattenansatz ist der Gebrauch des Extremismusbegriffs, den die Behörden seit den 1970er-Jahren angenommen haben. Obwohl es keineswegs um eine Gleichsetzung geht, steht hier der Vergleich zwischen Rechts- und Linksextremismus im Vordergrund. Die dabei maßgeblichen Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse haben hierfür das sogenannte Hufeisenmodell entwickelt. Dieses Muster soll die politische Landschaft abbilden. Anleihen beim Totalitarismus werden gemacht, ähnliche Herrschaftsmechanismen zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus, insbesondere Stalinismus, hervorgehoben. Die annähernd ellipsenförmige Krümmung eines Hufeisens mit seiner offenen Schmalseite suggeriert eine Nähe der politischen Extreme, die beide maximal und gleichförmig von der geschlossenen Schmalseite entfernt



**Unerlaubte Demonstration Mitte April auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz. Unter den mehreren Hundert Demonstranten waren bekannte Verschwörungstheoretiker, Rechtsextreme und Antisemiten.**

seien. Dort soll die politische „Mitte“ liegen.

In diesem Modell, das den islamistischen Extremismus nicht einbezieht, nähern sich die extreme Linke und extreme Rechte fast „magnetisch“ einander an, berühren sich aber nicht. Demnach ist rechts wie links und rechtsextrem wie linksextrem. Beide stehen für Gewalt und gegen den Verfassungsbogen des demokratischen Zentrums oder der demokratischen Mitte. Eine Diktion, die etwa der Verfassungsschutz in seinen Berichten zugrunde legt.

Im Februar twitterte Linken-Vorsitzende Katja Kipping nach der Wahl Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten: „Die Verständigung in Thüringen hat historische Dimension: Damit ist die von CDU praktizierte Äquidistanz faktisch erledigt. Goodbye Hufeisentheorie. Dass die CDU endlich die Ausgrenzung linker Ideen korrigiert, ist eine gute Nachricht für den antifaschistischen Konsens des Grundgesetzes.“ Das ist aber falsch.

## Spitze Finger

Das Grundgesetz beruht auf einem anti-extremistischen Konsens, der eben auch eine Distanz zum Linksextremismus fordert. Auch bis weit in die CDU hinein fasst man den Gedanken einer gleichen Distanz zu rechtsextremem und linksextremem Gedankengut nur noch mit spitzen Fingern an. „Unser Äquidistanz-Mantra ist die Wurzel des Übels“, sagte noch Anfang Februar die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien zu Thüringens Regierungskrise. Armin Laschet, Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, verweist zwar auf die Morde der RAF, aktuell sei es aber so, dass Linke im Gegensatz zu Rechten „nicht mordend durch das Land“ zögen. Die Hufeisentheorie sei daher falsch.

Selbst zur Satire wird sie nun eingesetzt, wie ein Video von Martin Sonneborn (Die Partei) zeigt. Die These von der politischen Mitte und den extremistischen Rändern werde, so hoffte der seit Jahren im EU-Parlament sitzende Satiriker Mitte Februar auf „stern.de“, als „erbärmlichstes politisches Analyse-Angebot des 21. Jahrhunderts in die Geschichte der Demokratie eingehen“. Die frühere Familienministerin Kristine Schröder (CDU) findet das höchst bedauerlich. Die Hufeisentheorie sei weder widerlegt noch veraltet, kommentierte sie Ende Februar in „Die Welt“.

## Vergleich adé?

Ganz sollte man den Vergleich in der Tat nicht zu den Akten legen. Wie Wissenschaftler Backes aktuell selbst zeigt, existieren interagierende Gewaltszenen. Die Linke ist selbst nicht frei von extremistischen Strömungen, auch wenn sie sich, anders als etwa die Alternative für Deutschland (AfD), deren „aufgelöster“ radikaler Flügel nun vom Verfassungsschutz beobachtet wird, gemäßigt hat.

Die Linke hingegen stellt nach einigem unerfreulichen Hickhack wieder den Regierungschef. Ramelow wurde nun auch von der CDU unterstützt. Linkes Ziel ist es dennoch, den anti-extremistischen Konsens durch einen antifaschistischen zu ersetzen. Im letzten thüringischen Wahlprogramm der Partei taucht der Schlüsselsatz auf: „Wir werden den Extremismusbegriff, der auf der Totalitarismustheorie aufbaut, aus den Handlungskatalogen der Behörden streichen.“

Bernd Riexinger, neben Kipping Parteivorsitzender, sah Anfang März vom Podium aus tatenlos zu, als eine Teilnehmerin auf einer Parteikonferenz in Kassel sagte, dass man die Energiewende auch „nach einer Revolution, wenn wir ein Prozent der Reichen erschossen haben“, gestalten müsse. Abschließend äußerte er lediglich den Satz: „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie für nützliche Arbeit ein.“

## Formulierungen, die stutzig machen

Nicht nur das. Auf der Konferenz wurde auch ein Strategiepapier veröffentlicht. Einige Formulierungen machen stutzig. So heißt es beim Thema Mauertote, hier trage in Wahrheit der Westen die Verantwortung. Auf Seite 556 steht: „Die Schüsse an der Grenze waren die Antwort auf die Politik der BRD und ihrer Verbündeten, die DDR durch die Abwanderung ihrer Bürger auf die Knie zu zwingen.“ „Der Spiegel“ kommentierte Anfang März: „Wo die SED fröhlich weiterlebt“.

Im Zuge der Corona-Diskussion äußerte der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete und Linke-Politiker Mehmet Yildiz Verschwörungstheorien über die Entstehung des Virus. Corona sei im Labor gezüchtet und diene den Imperialisten dazu, China aufzuhalten. Federführend seien die USA

am Werk. So zu lesen in „die tageszeitung“ Mitte März.

Nicht zu vergessen: Es gibt Gewalt von links, denke man nur an jüngste Vorfälle in Leipzig und Berlin. Beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 wurden bei linksextremen Übergriffen auf Polizisten hunderte Menschen verletzt. Auch als Folge davon wurde das linksextremistische Internetportal „Indymedia“ in Deutschland verboten, ein globales Mediennetzwerk mit dem Charakter einer Nichtregierungsorganisation (NGO). Autonome nutzen die Plattform etwa für Bekennerschreiben, beispielsweise bei Brandanschlägen auf die SPD-Parteizentrale oder die Hamburger Messe im G20-Vorfeld. Es fanden sich dort auch Anleitungen zum Bau von Molotowcocktails.

## Eigentümliche Zurückhaltung bei linken Straftaten

Im gerade veröffentlichten bayerischen Verfassungsschutzbericht 2019 schreibt Innenminister Joachim Herrmann in seinem Vorwort – auch mit Verweis auf die Taten in Halle: Während die Taten von Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit zu Recht Abscheu hervorriefen, herrsche bei Gewaltausbrüchen von Linksextremisten eine eigentümliche Zurückhaltung. Gewalttätige Übergriffe von Linksextremisten würden nicht gleichermaßen als das wahrgenommen, was sie seien, eine Kampfansage an den Staat, jeden Andersdenkenden oder sonst der Szene unliebame Personen und die Demokratie an sich. „In Teilen der Öffentlichkeit gehöre es mittlerweile zum guten Ton, linksextremistische Gewaltausbrüche als „zivilen Ungehorsam“ gegen einen angeblichen Repressionsstaat zu verharmlosen“

In der Tat wird deutlich, dass weitaus mehr rechtsextreme als linksextreme Straftaten begangen werden. Die Hufeisentheorie hat daher nur bedingt Aussagekraft, sollte aber nicht ganz aufgegeben werden. Das gilt etwa für Aktivitäten der sogenannten Querfront. Im Zuge einer „Anti-Corona-Maßnahmen“-Demonstrationen hatten sich erst kürzlich in Berlin linke und rechte Verschwörungstheoretiker zum Protest zusammengefunden.

Die extremistische Herausforderung ist eben komplex und wandlungsfähiger als manche Analyseraster. ■

## Im Gespräch

### BEHÖRDLICHES GESUNDHEITSMANAGEMENT

# Lösungen aus dem System heraus entwickeln

Wie managen Behörden die Gesundheit ihrer Beschäftigten? Ein erfolgreiches Projekt im Polizeipräsidium Aachen mündete schließlich in eine neue Funktion und Stelle. Seit Spätsommer 2019 ist Daniela Reinartz „Systemische Beraterin“ in der Kreispolizeibehörde Aachen, untergebracht im Behördlichen Gesundheitsmanagement (BGM) der Direktion Zentrale Aufgaben. DP hat gefragt, was Sie da eigentlich genau macht.

Mit Daniela Reinartz telefonierte  
DP-Chefredakteur Michael Zielasko

**DP: Frau Reinartz, Systemische Beratung, das klingt etwas abstrakt. Helfen Sie uns doch bitte ...**

**Daniela Reinartz:** Als Systemische Organisationsberaterin unterstütze ich Einzelpersonen im organisationalen Kontext, dazu Teams und die Organisation. Dabei wirke ich bei der Entwicklung neuer Lösungen mit. Bei Problemen sehe ich nicht den Einzelnen als ursächlich, sondern betrachte das gesamte System vor dem Hintergrund von Beziehungen, Wechselwirkungen und Strukturen.

**DP: Was wollen Sie damit erreichen?**

**Reinartz:** Mit dieser Betrachtungsweise gehe ich in jedem Veränderungsprozess vor. Es geht immer um die Frage, welche Faktoren oder Strukturen eine Lösung verhindern und was sie unterstützen. Für mich ist gesetzt: Einzelpersonen, ein Team und eine Organisation verfügen über alle Ressourcen und Lösungen, die sie brauchen, um sich selbst weiterzuentwickeln. Eine Beraterin deckt diese Ressourcen auf und nutzt sie. Dabei können Interventionen wie Perspektivwechsel und Reflexion sehr hilfreich sein.

**DP: Was an diesem Gedanken ist neu?**

**Reinartz:** Neu ist, dass die systemische Ausrichtung nicht darauf abzielt, unspezifische Expertenmeinungen zu geben, die oftmals nicht zum System passen, sondern Lösungen aus dem System heraus zu entwickeln.

**DP: Das heißt?**

**Reinartz:** In der Beratung sehe ich den Klienten, das Team und die Organisation als Experten der eigenen Situation. Erst wenn Lösungen entwickelt werden, die der Logik des Systems entsprechen, kommt es auch zu einer tatsächlichen Veränderung. Stülpt man eine Expertenmeinung über ein System, führt das vielfach zu Abwehrhandlungen und neuen Problemen – nicht jedoch zur Entwicklung der Systemmitglieder.

**DP: Der Fokus liegt also stets auf dem jeweiligen Status des Systems?**

**Reinartz:** Die systemische Beratung liefert nicht für jeden Bereich die einzig richtige Lösung. Darum geht es auch nicht. Mit dem System werden Kompetenzen entwickelt. Zum Beispiel der generelle Umgang mit The-

men wie Stress, Veränderung und Konflikten am Arbeitsplatz, um sich künftig selbst helfen zu können. Diese erlernten Kompetenzen schützen besonders in komplexen Organisationen bei einer Vielzahl von Herausforderungen vor einer Überforderung.

**DP: Bieten sie also damit eher eine Beratung für die Organisation und deren Prozesse an? Oder sind Sie auch Ansprechpartnerin für einen einzelnen Beschäftigten mit einem persönlichen Anliegen?**

**Reinartz:** Natürlich berate ich Einzelpersonen bei individuellen Anliegen. Meistens liegen diesen Problemen aber auch strukturelle Faktoren im Team oder der Organisation zugrunde. Und die fördern eine negative Entwicklung. Bei diesem ganzheitlichen Ansatz spricht man von „Beratungsorientierter Organisationsentwicklung“.

**DP: Das müssten Sie uns auch noch einmal verdeutlichen ...**

**Reinartz:** Aber gerne. Diese Ausrichtung ist für die Entwicklung menschlicher Systeme besonders gut geeignet. Dabei kann man einerseits individuelle Fragen des Klienten nutzen, um in der Organisation Strukturen zu hinterfragen. Das lässt man dann in die Organisationsentwicklung einfließen. Andererseits werden strukturelle Maßnahmen immer mit dem Blick auf das soziale System und unter Einbeziehung der Systemmitglieder umgesetzt. Bei einem Verständnis, dass Organisationen von Menschen getragen werden, ist die Betrachtung dieser gegenseitigen Einflussfaktoren wichtig.

**DP: In welche Alltagsaufgaben sind Sie als Systemische Beraterin einbezogen? Beziehungsweise, wo sehen Sie weitere Schnittstellen?**

**Reinartz:** Eine meiner Aufgaben besteht darin, Führungskräfte im Prozess des Feedbacks für Führungskräfte und der Mitarbeitergespräche zu begleiten. Dabei stehe ich als Ansprechpartnerin zur Verfügung und moderiere auf Wunsch der Führungskräfte das Rückmeldegespräch. Zurzeit bin ich damit beschäftigt, einen Rahmen zu schaffen, in dem diese Instrumente nicht als Störfaktor, sondern als Möglichkeit des gegenseitigen Austauschs wahrgenommen werden können. Gleichzeitig soll die Akzeptanz für die Gesprächsmöglichkeiten gesteigert werden.

**Daniela Reinartz M. A.,**

seit sieben Jahren Polizeibeamtin, schloss Anfang 2019 eine zertifizierte Weiterbildung in Systemischer Beratung ab. Parallel studierte sie Systemische Beratung im Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt „Psychoziale Beratung & Organisations- und Institutionsberatung“ an der Hochschule Nordhausen. In der Behörde wirkte sie in der Projektgruppe „Behördliches Gesundheitsmanagement PP Aachen“ im Teilprojekt „Soziale Beziehungen“ mit.

Foto: privat

**DP: Wie wollen Sie diesen Rahmen gestalten?**

**Reinartz:** Hierzu sind Informationsveranstaltungen zum Verfahren und Workshops zum Thema Gesprächsführung geplant. Außerdem stehen den Beschäftigten Beratungsangebote zur Verfügung, sofern sich aus den Rückmeldegesprächen ein Anliegen entwickelt. Daraus haben sich bereits Einzelberatungen und Team-Workshops ergeben.

Zudem implementiere ich Rückmeldeverfahren zwischen den verschiedenen Direktionen. Zurzeit bearbeite ich ein Konzept zu verschiedenen Formen der Mitarbeiterkonferenz. Damit soll ein Austausch zwischen der Führungsriege und der Belegschaft geschaffen werden. Ziel ist es, innerhalb der Behörde durch Einblicke in die Arbeitsbereiche Anderer, Verständnis füreinander zu schaffen.

„Strukturelle Maßnahmen werden immer mit dem Blick auf das soziale System und unter Einbeziehung der Systemmitglieder umgesetzt. Bei einem Verständnis, dass Organisationen von Menschen getragen werden, ist die Betrachtung dieser gegenseitigen Einflussfaktoren wichtig.

**DP: Haben Sie ein weiteres konkretes Beispiel für Ihre Arbeit?**

**Reinartz:** Zuletzt habe ich einen Workshop gemacht, in dem es um die Wahrnehmung der Direktion Zentrale Aufgaben (ZA) innerhalb des PP Aachen ging. Über Reflexionen haben wir ein Selbstverständnis der Direktion beschrieben und vorhandene Optimierungspotenziale definiert. Nach einigen Per-

spektivwechseln diskutierten wir, wie die Direktion ZA aus Sicht der Teilnehmenden von anderen Direktionen wahrgenommen wird. Dazu wurden Fragen geklärt wie: Wo sehen andere Direktionen die Verantwortungsbereiche der Direktion ZA? Welche Erwartungen werden an die Direktion ZA gestellt? Wie zufrieden sind andere Direktionen mit der Direktion ZA? Wie ist das Image?

Nicht selten geht es bei derartigen Workshops um Führung, Führungskultur und um Werte. Aus meiner Sicht trägt eine konstruktive Auseinandersetzung mit Alltagsbeispielen zu der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses bei.

**DP: Warum finden wir Sie in der Aachener BGM-Dienststelle und nicht an anderer Stelle in der Behörde?**

**Reinartz:** Wir gehen davon aus, dass Gesundheit und Krankheit von dem Zusammenspiel psychischer, physischer und seelischer Faktoren beeinflusst wird. Ich sehe die Systemische Beratung dabei zielführend sowohl in der Verhaltens- als auch der Verhältnisprävention. Letztlich geht es bei der Beratung um die Optimierung menschlichen Verhaltens und somit um Verhaltensprävention. Aber eben auch um das Implementieren von Strukturen und Maßnahmen, die Wohlbefinden, Arbeitszufriedenheit und Gesundheit fördern.

Das BGM-Team verfügt auch über Fachkompetenzen im Bereich Ernährung, Ressourcenmanagement und physischer Gesundheit. Außerdem gehören der Arbeitsschutzbeauftragte und der Beauftragte für betriebliches Eingliederungsmanagement meiner Dienststelle an.

Bei unserer Arbeit ist uns ein ganzheitlicher Ansatz mit einem gemeinsamen Ziel sehr wichtig. Nur so werden Doppelarbeit und Reibungsverluste verhindert und Synergieeffekte entstehen. Wir stellen damit sicher, dass alle Ebenen der Gesundheit berücksichtigt werden. Durch den Zusammenschluss aller genannten Protagonisten kann gewährleistet werden, dass die Maßnahmen derselben Logik entsprechen und wir demselben Ansatz folgen.

**DP: Wie schätzen Sie die langfristigen Effekte einer Systemischen Beratung ein?**

**Reinartz:** Ideen und Instrumente dürften sich fester etablieren und so ihre Wirkung besser entfalten. Andererseits wird sich die

„Kultur“ langfristig durch strukturelle Maßnahmen verändern.

Im Ergebnis ist langfristig mit großen Effekten zu rechnen. Wie schnell Entwicklungen vollzogen werden, ist jedoch nicht zuletzt von weiteren Rahmenbedingungen und der Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abhängig.

**DP: Sie würden sicherlich anderen Polizeiorganisationen empfehlen, Systemische Beratung einzuführen?**

**Reinartz:** Aber ja. In Zeiten, in denen die Anforderungen an eine Polizeibehörde immer höher und die individuellen Ansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer größer werden, muss der Blick auf das soziale System gerichtet werden. Damit wird man dem Menschen als wichtigste Ressource gerecht. Die Stelle der Systemischen Beraterin schließt diese bisher da gewesene Lücke.

**DP: Ihre Stelle ist ja recht neu, zumindest für Polizeibehörden. Planen Sie, die Wirkung zu überprüfen?**

**Reinartz:** Natürlich gehört das dazu. Das Überprüfen einer Wirkung ist unser Ziel. Erst recht vor dem Hintergrund, dass etwas Neuartiges geschaffen wurde. Allerdings geht es nicht um harte Fakten, sondern um gesundheitsfördernde Maßnahmen, die sich in sehr individueller Weise auf die Bediensteten auswirken. Bei einer Wirksamkeitsüberprüfung muss das bedacht werden.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch und weiterhin viel Erfolg.**

ANZEIGE

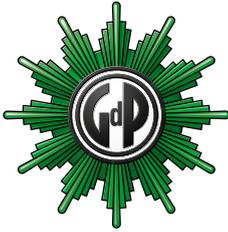
**REISEMARKT**

**Action mit wasser·c·raft in Tirol**

**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyontour €/Person 123,-  
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at

**70**  
JAHRE  
1950-2020



## Gewerkschaft der Polizei

### Ein Bollwerk unserer Demokratie



Foto: GdP Saarland

#### David Maaß

GdP-Landesvorsitzender Saarland

Die Geschichtsbücher lehren uns, was Faschisten mit Dissidenten vor Jahrzehnten in Deutschland getan haben. Im Dritten Reich wurden die Gewerkschaften zerschlagen, Funktionärinnen und Funktionäre deportiert und in Konzentrationslagern hingebracht. Die Aufgabe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) reicht daher weit über die bloße Interessenvertretung unserer Polizeibeschäftigten hinaus – die GdP ist ein Bollwerk unserer Demokratie – sie ist ein Bollwerk gegen den Faschismus!

Die gesellschaftspolitische Komponente wiegt deshalb in der politischen Waagschale mindestens genau so schwer wie ihre gewerkschaftspolitische. Anfang des Jahres habe ich mich als saarländischer Gewerkschaftsfunktionär nach den Anschlägen von Hanau klar und eindeutig auf Facebook gegen den aufkeimenden Rechtspopulismus und dessen treibende Kraft – die AfD – positioniert. Schlussendlich wurde mein Beitrag tausendfach geteilt und kommentiert. Neben viel Zuspruch fegte ein „Shitstorm“ der rechten Propagandamaschinerie in den sozialen Medien über mich hinweg. Keine leichte Situation, wenn der Internet-Mob versucht, jemanden einzuschüchtern. Der Rückhalt und die Unterstützung in unserer GdP-Familie waren länderübergreifend immens. Solidarität ist der GdP-Grundpfeiler, auf dem eine starke Arbeitnehmerbewegung beruhen muss.

Aber warum habe ich das auf Facebook artikuliert, was hunderttausende Polizeibeschäftigte in Deutschland denken? Die

AfD ist doch schließlich demokratisch gewählt. Die Tatsache, dass eine Partei demokratisch legitimiert ist, bedeutet nicht, dass deren Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch Demokratinnen und Demokraten sind. Die AfD wird zunehmend von ihrem „Flügel“, der kürzlich in einer politischen Farce AfD-intern aufgelöst worden ist, unterspült. Deren wohl bekanntester Vertreter Björn Höcke darf gerichtsfest als Faschist bezeichnet werden. Man vermutet, dass sich 40 Prozent aller AfD-Mitglieder zu diesem informellen Zusammenschluss, der mittlerweile sogar vom Verfassungsschutz beobachtet wird, zählen. Wird ein informeller Zusammenschluss formell aufgelöst, so bedeutet dies, dass das zum Teil verfassungsfeindliche Weltbild weiterhin Teil der Kernstruktur der AfD bleiben wird.

Sprache erschafft Wirklichkeit. Wenn ich Statements lese, wie „Dem Flüchtling ist es egal, an welcher Grenze er erschossen wird“, „Von der NPD unterscheiden wir uns nicht durch Inhalte“, „Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln“, dann stelle ich mir die Frage, ob Deutschland die Spaltung droht oder ob Deutschland sich bereits spaltet. Wir verzeichnen, dass es Teile der Bevölkerung gibt, die sich zunehmend radikalieren. Schuld daran ist der Rechtspopulismus, der durch einfach gelagerte Botschaften, gespickt mit Halbwahrheiten, Bauchgefühle in der Bevölkerung erzeugt, die Stimmung und Wählerstimmen generieren. Die AfD nutzt diese Sprache ganz gezielt und muss sich im Klaren sein, dass sie Menschen aufwiegelt und Aggression in deren Köpfen auslöst – eine fatale Entwicklung.

Die Polizei schützt die Verfassung. Die parlamentarische Demokratie ist eine Essenz unserer Verfassung. Der Faschismus bekämpft die parlamentarische Demokratie und zielt auf deren Ablösung. Björn Höcke ist ein Faschist und Chef des zwar aufgelösten, aber parteiintern weiterhin einflussreichen „Flügels“ der AfD. Alexander Gauland betont, dass die Strömung um Höcke die Mitte der Partei sei. Die Polizei verteidigt die Demokratie gegen faschistoide Feinde. Die GdP ist der politische Arm der Polizeibeschäftigten, der weit über den polizeilichen Kosmos hinaus reicht. Ein Arm, der gesellschaftliches Denken positiv beeinflusst und sich für ein Deutschland stark macht, in dem man sicher und multikulturell leben kann. ■

### Was die GdP ausmacht



Foto: privat

#### Lüder Fasche

GdP-Landesvorsitzender Bremen

Seit 42 Jahren sind wir von der GdP Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), 36 davon habe ich seit meinem GdP-Beitritt diesen Weg begleitet. In dieser Zeit hat sich mein Bewusstsein für die Notwendigkeit dieser Mitgliedschaft im DGB nicht nur sehr zögerlich entwickelt, sondern es wurde bisweilen auch auf harte Proben gestellt. Mal waren es verstörende Aussagen aus der DGB-Jugend oder dann wieder die scheinbare Nähe zu radikalen Antifa-Gruppen, dokumentiert durch Vermietung von Räumlichkeiten an, sagen wir, sehr polizeikritische Gruppen.

Für mich war anfangs die GdP ausschließlich dafür da, die Interessen von Polizisten zu vertreten. Später kamen Polizistinnen dazu. Erst nachdem ich mehr als nur zahlendes Mitglied wurde, merkte ich, wieviel mehr die GdP ausmacht. Schnell lernte ich, dass eine große Anzahl von Tarifbeschäftigten in meiner Gewerkschaft organisiert ist und in Verhandlungen von ihr vertreten werden. Und dass diese Tarifrunden verdammt wichtig waren, auch für mein Portemonnaie.

Wie froh war ich deshalb zum Beispiel 2006, als unsere Mitglieder durch ihr wochenlanges Bestreiken der Bremer Zulassungsstelle mit Unterstützung des DGB ein inakzeptables Vorhaben zur Tarifierhöhung in ein annehmbares veränderten. Anschließend spürte der Senat dann die ganze GdP-Power, denn er meinte, das Ergebnis so gar nicht auf seine Beamten übertragen zu müssen. Polizeibeschäftigte auf der Straße, das mag die Politik so gar nicht. Und wir konnten beachtliche Erfolge erzielen. Manch einer mag sich fragen, warum bei dieser Po-

Auf sieben Jahrzehnte blickt die 1950 in Hamburg gegründete Gewerkschaft der Polizei am 14. September zurück. Aus dem Zusammenschluss der Polizeibeamtenverbände der britischen Zone und West-Berlins ging die heute größte Berufsvertretung für Beschäftigte der Polizei in Deutschland hervor. Seit der März-DP erinnern sich GdP-Vorsitzende der Länder und Bezirke an Episoden des gewerkschaftlichen Lebens.

wer und der besonderen gesellschaftlichen Position noch die Mitgliedschaft im DGB notwendig ist. Es ist keine Phrase, dass Viele gemeinsam mehr erreichen können.

Der demokratische Staat baut auf aktive Demokraten, die für ihn arbeiten und die in seinem Namen handeln. Die Polizei- und Sicherheitsbehörden dürfen auch deshalb niemals Staat im Staate sein. Insofern ist es doch logisch, dass auch die GdP den Brückenschlag in die gesamte Gesellschaft leisten muss. Was lag da näher als die Mitgliedschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Gegenüber dem DGB-Regionalvorstand äußerte der Bremer Bürgermeister Andreas Bovenschulte vor Monaten, Polizeibeschäftigte seien selbst schuld an ihrer Situation, da sie bekanntermaßen überwiegend bürgerlich wählen würden. Ich war auch dort. Mir wäre es lieber gewesen, er hätte sich darauf besonnen, dass die GdP in Bremen mehr als 3.000 DGB-Mitglieder stellt. Da spielt es gar keine Rolle, ob die bürgerlich wählen oder nicht. Denn gemeinsame Werte der Gewerkschaften im DGB muss man nicht erst lange suchen. Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Beteiligung und Mitbestimmung, persönliche Entfaltung und Solidarität sind und bleiben traditionelle Ziele der GdP wie auch ihrer Schwestergewerkschaften.

Wie können diese Ziele erreicht werden, was gefährdet sie, und wo sind welche gesetzlichen Grenzen zu setzen? Darüber wird in der Gesellschaft und eben auch mit und im DGB kontrovers diskutiert. Dieser Diskussion stellt sich die GdP – auch wenn es nicht immer einfach ist. Manchmal gelingt es mir, Perspektiven für notorische Polizeikritiker zu öffnen, oder auch zu vermitteln, wie Polizeibeschäftigte bestimmte gesellschaftliche Probleme erleben. Ein anderes Mal nehme ich Eindrücke und Meinungen aus ganz anderen Gesellschaftsschichten mit und trage diese in die Polizei. So soll es sein – ein ganz wichtiger Aspekt unserer Mitgliedschaft im DGB.

Das ändert natürlich nichts daran, dass die GdP sich nun seit siebzig Jahren im Sinne ihrer Mitglieder für steigende Einkommen, bessere Arbeitsbedingungen- und Zeiten, für eine gute Aus- und Weiterbildung, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und für die Gleichstellung der Frauen engagiert. Das macht die GdP aus. Aber eben nicht nur. ■

## Wir sind eine Solidargemeinschaft!



Foto: GdP Berlin

### Norbert Cioma

GdP-Landesvorsitzender  
Berlin

In diesem Jahr feiert unsere Gewerkschaft der Polizei ihr 70-jähriges Jubiläum. Der Berliner Landesbezirk ist sogar schon zwei Jahre älter, bereits am 23. Juli 1948 als Verband der Polizeiangehörigen gegründet worden und so Keimzelle unserer Solidargemeinschaft GdP. Keine sieben Jahre später hatten wir bereits 10.000 Mitglieder, ein klares Zeichen für die Wichtigkeit unserer Institution.

Wenn wir uns die Themen der ersten Jahre anschauen, scheint der ewige Kreis kein theoretisches Konstrukt. 1957 beispielsweise diskutierten wir über eine tarifgerechte Eingruppierung der Wachpolizei, im Jahr 2020 ist eines unserer zentralen Themen für die Personalratswahlen eine tarifgerechte Eingruppierung, zum Beispiel unserer Beschäftigten beim Zentralen Objektschutz. Während wir bei uralten GdP-Forderungen wie der Freien Heilfürsorge das dicke Brett der politischen Ignoranz noch immer nicht durchbohren konnten, streitet heute niemand mehr darüber, ob Beamte der Bereitschaftspolizei heiraten dürfen oder es ernsthaft eine Personalvertretung innerhalb der Behörden geben muss.

Wir haben in der Vergangenheit bereits gemerkt, dass es unsere Aufgabe ist, im Interesse der Kolleginnen und Kollegen auch mal etwas lauter zu werden, die sachliche Argumentation dabei aber nie zu kurz kommen darf. Wir dürfen als größte Beschäftigtenvertretung niemals vor einer Behördenleitung einknicken, sollten uns aber auch niemals die Türen selbst zuschlagen. Viele

Veränderungen hin zu einer modernen, einer bürgernahen Polizei konnten wir vor allem dann erzielen, wenn wir gemeinsam an einem Strang gezogen haben.

1978 wurde die GdP im DGB aufgenommen. Es war ein gesellschaftlicher Quantensprung – auf dem Weg zu einer bürgernahen Polizei, für die Rechte unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch in Fragen vieler beamtenpolitischer Themen. Aufgrund der immer diffuser werdenden politischen Lage, wo selbst Personen einer eigenen Partei anderen in den Rücken fallen und man Absprachen mit einem in Führungsverantwortung Stehenden treffen und beim nächsten Widerrufern kann, ist genau diese Gemeinschaft der Schlüssel. Auch, weil die Anzahl der Betroffenen einer jeweiligen Entscheidung heute längst nicht mehr auf einen Berufsbereich einzugrenzen ist.

Wir erleben das brandaktuell mit der Diskussion über eine Corona-Prämie, die auf Basis der von uns in einem langen Prozedere erstrittenen Hauptstadtzulage gezahlt werden soll. Ja, politische Versprechen haben heute eine sehr geringe Halbwertszeit. Die Umsetzung zugesicherter Verbesserungen, ob finanziell, materiell, rechtlich, kann manchmal jahrelang dauern wie ein neues Polizeigesetz oder ganz schnell durch den parlamentarischen Raum gehen wie die Erhöhung von Abgeordnetendiäten.

Persönlich begleite ich das hautnah seit 2014, als ich unter meiner Vorgängerin Kerstin Philipp im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand tätig wurde, seit 2018 nun auch aus der ersten Reihe in vielen Gesprächen mit Senatoren, Fraktionsvorsitzenden und Parteichefs mit. Es geht um Ämter, das politische Vorankommen, politisches Kalkül, oftmals wenig um das, was die Menschen auf der Straße betrifft – und hier spreche ich nicht nur von Polizistinnen und Polizisten.

Ob meine Kolleginnen und Kollegen oder ganz grundsätzlich: Menschen verlieren das Vertrauen, wenn man nicht transparent handelt, wenn man Entscheidungen trifft, die keiner nachvollziehen kann, den sie betreffen. Die Folge ist, dass sich Menschen in ihren privaten Raum zurückziehen, sich ihre eigene Wahrheit gestalten, andere Meinungen nicht mehr zulassen und extremem Gedankengut verfallen. Es ist wichtiger als je zuvor, dieser verheerenden Entwicklung entgegenzutreten. ■

## Forum

### ZU: Herkunftsennung bei Tatverdächtigen, DP 3/20

Vielen Dank für den interessanten Artikel „Im Orkan der Gerüchte“ von Dr. Thomas Hestermann. Leider lässt der Autor bei seiner Abhandlung die Tatsache außen vor, dass das wachsende Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Medien durch diese selbst verursacht wurde (siehe G20-Berichterstattung: „Will die Polizei die Stadt in Schutt und Asche legen?“ sowie Köln, Chemnitz, „Oma ist eine Nazisau“ et cetera).

Bei seiner grafischen Gegenüberstellung „Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige in den Medien“ vergisst er das Faktum, dass Nichtdeutsche in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) leider teilweise deutlich überproportional als Tatverdächtige in Erscheinung treten. Darüber hinaus auch mit Gewaltdelikten sowie Gruppengewalt wie in Köln, die die Bevölkerung verunsichern wie erschüttern und natürlich einen besonderen medialen Niederschlag finden.

**Holger Clas, Hamburg**

### ZU: Man braucht einen langem Atem, DP 4/20

In dem Interview werden alle gängigen Aspekte der Werbe- und Beeinflussungsproblematik einer Non-Profit-Organisation herausgestellt. Die spezifischen Strukturen einer niederländischen Bildungsgewerkschaft und einer deutschen Gewerkschaft im öffentlichen Dienst unterscheiden sich diametral und sind daher nicht vergleichbar oder gar in Ansätzen umsetzbar. Die gewerkschaftliche Gremienarbeit ist vom allgemeinen Regelwerk für das Vereinsleben geprägt. Der Spaßfaktor hält sich hier bekanntlich in Grenzen, ist aber für alle Beteiligten verbindlich.

Die Polizei mit ihrer vertikalen Ausrichtung ist eine gute Basis für eine konzeptionelle Vorgehensweise bei der Zukunftssicherung der gewerkschaftlichen Organisation. Tatsächlich engagieren sich relativ wenige Kolleginnen und Kollegen um den Stabilisator Mitgliederwerbung.

Es gibt zum Beispiel seit Jahren in Nordrhein-Westfalen ein erfolgreiches Rahmenkonzept, das das Gewinnen junger Mitglieder garantiert. Der Wert einer Gewerkschaft

richtet sich ad hoc an den neuen beruflichen Bedürfnissen der Kolleginnen und Kollegen aus. Schulische Vorkenntnisse oder Vorbilder sind kaum vorhanden. Dies ist aber eine historische Chance, ein gemeinsames berufliches Solidargefühl zu wecken und damit ihre Notwendigkeit zu reklamieren. Solidarität baut sich auf Vertrauen im Nahbereich auf. Das Prinzip der Ehrenamtlichkeit wird getragen von Motivation, Intuition und hauptsächlich Identifikation. Das spüren alle, die sich in diesem Prozess befinden. Einen Menschen längerfristig an die Gewerkschaft zu binden, ist von Überzeugung, Vorbild und praktischer Lebenshilfe geprägt. Die Einflussnahme von „außen“ gestaltet sich bei dieser Organisationsstruktur der Polizei als schwierig bis unmöglich. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sektor Mitgliederwerbung wissen, dass die „Schnellen“ gegenüber dem „Langsamen“ Vorteile besitzen.

Ziele festlegen, Vernetzung anstreben, Trends frühzeitig wahrnehmen, Informationen austauschen, im Team arbeiten, und sich nicht beirren lassen von denen, die nur schlaue Reden und sich nicht beteiligen, hilft über jede Krise hinweg. Klar ist auch, dass die Bestandssicherung nie zu einem Massenphänomen wird. Es sind immer einzelne Menschen in der Organisation, die das Vertrauen anderer gewinnen.

**Theo Mayer, Wuppertal**

### ZU: Wehrt Euch! Meldet Euch! Steht auf!, DP 4/20

Mit großem Interesse, freilich auch schon überrascht, las ich den Artikel „Wehrt Euch! Meldet Euch! Steht auf!“ in der DP-April-Ausgabe. Da erfährt man, dass eine 39-jährige frühere Staatsanwältin namens Britta Zur am 23. Dezember 2019 zur Polizeipräsidentin in Gelsenkirchen (der Heimatstadt unseres früheren GdP-Bundesvorsitzenden Werner Kuhlmann) berufen wurde.

Eine überaus charmante, ja sympathische junge Frau, die vor ihrem neuen Amt in Düsseldorf Strafsachen mit Schwerpunkten Mord und Totschlag bearbeitet hatte. Da kann man den Kollegen in Gelsenkirchen nur sagen: Herzlichen Glückwunsch zu dieser (ich sage mal) einmaligen Chefin, deren Herz wirklich für die Kolleginnen und Kollegen an „Front“ schlägt! Super!

Glasklar schreibt die Polizeipräsidentin von den zunehmenden oft unerträglichen Gefahren für die Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst. Unsere DEUTSCHE POLIZEI hat darüber ja schon oft berichtet und beklagt, dass der Dienstherr hiergegen viel zu zögerlich vorgeht. Engagiert schildert sie die einfach nicht länger hinnehmbare Zunahme der Gefahren für die Polizeibediensteten im täglichen Dienst. Von dieser couragierten Tatbestandsschilderung kann sich die Politik gleichsam als Dienstherr eine dicke Scheibe abschneiden!

Mir lief es eiskalt den Rücken hinunter, als ich die Zeilen der jungen Polizeichefin las (Zitat): „Wehrt Euch! Meldet Euch! Steht auf!“ Und sie fügt hinzu: „Auch die Müdigkeit nach langen Nachtdiensten darf kein Argument sein, auf eine Anzeige zu verzichten, wenn man beschimpft, beleidigt, oder sogar körperlich angegangen worden ist.“ Wann las man solche Worte in der Vergangenheit schon mal von einem Polizeichef? Und, dass angesichts von Vorkommnissen, die oft ungestraft hingenommen werden müssen (siehe Berlin und anderswo) – so, dass ich mich oft gefragt habe, woher nehmen junge Leute den Mut, sich trotz und angesichts der Unterbewertung polizeilicher Arbeit durch Politik und Gesellschaft bei der Polizei zu bewerben?

Seit mehr als zehn Jahren nimmt die Gewalt – unter anderem auch durch Migranten – gegen die staatliche Ordnung in Deutschland zu. Die Beschwichtigungen seitens der Politik sowie innere Dienstanordnungen et cetera machen es den Kollegen schwer, sich gegen die Straßengewalt zu wehren. Ja, sie durften seit 2009 in Nordrhein-Westfalen nicht einmal mehr irgendwo sagen, wenn sie zum Beispiel von Zuwanderern in Dienst angegriffen und oder bedroht wurden (Inhalt eines damaligen Ministerialerlasses!). Man könnte die Reihenfolge der Erschwernisse unserer Kolleginnen und Kollegen fortsetzen.

Genau in diese Front der Gefahrenabwehr reiht sich Polizeipräsidentin Zur ein und stellt sich vor ihre Polizeiangehörigen. Man kann ihr dafür nicht dankbar genug sein! Ein großes Lob für ihre Einstellung, dass auch Angehörige der Polizei nicht länger Opfer verbaler Gewalt sein müssen. Sie schließt auf wunderbare Weise ihre in der DP geäußerte Absicht mit: „Niemand hat es nötig, zum ‚Fußabtreter der Nation‘ zu wer-

den.“ Ein absolutes Novum! Da wird sich wohl mancher in der Justiz wundern!

Britta Zur – wahrlich eine wünschenswerte Vorgesetzte für die Gelsenkirchener Kolleginnen und Kollegen, ein klares Vorbild, das man auch andernorts gerne hätte! Glückauf für diese mutige Polizeichefin.

**Peter Hafke, Karlsdorf-Neuthard**

**ZU:**

### **Neues DP-Layout, DP 3/20**

Wie viele meiner ehemaligen Kollegen finde ich das neue Logo misslungen. Nun bin ich mit meinen 70 Jahren vielleicht nicht der aktuelle Gradmesser. Daher habe ich es meiner 29-jährigen Tochter, Grafik-Designerin, zur Begutachtung vorgelegt. Sie kann die Änderung des Layouts aus Design technischen Gründen verstehen, da mit dem minimalistischen Logo einfacher zu arbeiten sei.

Dafür sei der Wiedererkennungswert gesunken. Ebenso sei die Präsenz leicht zu verwechseln und verliere dadurch an Aussagekraft.

Aus unternehmerischen Gründen mache es wenig Sinn, nach so langer Zeit das Logo zu wechseln. Dazu als Beispiel große Unternehmen wie Coca Cola, BMW oder VW, die ihre Logos nur sehr minimal verändert haben.

**Michael Klein, Meckenheim**

*Lieber Kollege Klein, vielen Dank für Ihre Zuschrift und Meinung. Der von Ihnen und Ihrer Tochter dargestellte Vergleich mit den drei genannten Marken hinkt jedoch. Die GdP hat keineswegs ihr Logo gewechselt. Da gibt es noch immer den grünen Stern. Und der bleibt. Übrigens ist auch die Wortmarke unserer Gewerkschaft vor einigen Jahren sensibel angepasst worden. Der aus unserer Sicht unverwechselbare Stern ist auf dem Titelblatt fix und nicht verhandelbar – der Wiedererkennungswert also gewährleistet.*

**DP-Chefredakteur Michael Zielasko**

**ZU:**

### **Leserbrief des Kollegen Webb, DP 5/20**

Woher nimmt der Kollege die Sicherheit, dass man anhand der Vornamen auf das Alter schließen kann? Ist ihm entgangen, dass die heutigen Kinder Max, Oskar oder Emma

heißen? Ebenso wenig wurden die Namen Kevin, Mandy und David nur in der ehemaligen DDR vergeben. Es hätte gereicht, wenn der „geneigte Leserbriefschreiber“ seinen „Senf“ zum neuen Layout der DP (Deutsche Polizei; nicht zu verwechseln mit Deutsche Post) dazu gegeben hätte. Mit den Frechheiten der älteren Generation gegenüber hätte er vielleicht besser seine Eltern oder Großeltern erfreuen können. Vielleicht sollte er sich als Veganer auch nur mal wieder richtig satt essen, um durch Ausgeglichenheit mehr Toleranz zu zeigen. Außerdem sei dem jungen (?) Mann gesagt: Die Jungen von heute sind die Alten von morgen.

**Hanne Seehafer, Hannover**

**ZU:**

### **Leserbrief des Kollegen Webb, DP 5/20**

Erstauslich, dass die DP-Redaktion den Beitrag von David Webb veröffentlicht hat. Seine Äußerungen finde ich gegenüber den Leserbriefschreibern schon beleidigend! Er mutmaßt das Alter anhand der Vornamen und bezeichnet andere als alte Herren. Ich mutmaße mal nicht nach seinem Vornamen, sondern seinen Äußerungen, dass er ein Jüngling ist, der gerne provoziert. Ich war fast 43 Jahre im Polizeidienst und zähle seit drei Jahren auch zu den alten Herren.

Übrigens finde ich das neue DP-Layout überhaupt nicht gut, und ich habe keine schweren Anfälle von Nostalgie. Ich finde es schade, dass die Redaktion einen derartigen Beitrag des Herrn Webb veröffentlicht.

Wenn man also in der GdP keine Achtung mehr vor den alten Herren hat, überlege ich mir meine Mitgliedschaft zu kündigen.

**Manfred Hildner, Küps**

**ZU:**

### **Als Deutschland befreit wurde, DP 5/20**

Mit Interesse habe ich den Artikel gelesen. Der Jungen Gruppe (GdP) ist zu danken, dass sie mit ihrem Seminar „Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung – die Rolle der Polizei im NS-Staat“ dazu beitragen möchte, dass sich die grausamen und menschenverachtenden Taten nie mehr wiederholen. Die im vorletzten Absatz beschriebene Annahme, dass mit einer faschistoiden Regierung der Ausnahmezustand stark eingeschränk-

### **Kontakt zur Redaktion**

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
Telefon 030 399921-113  
gdp-pressestelle@gdp.de

ter Grundrechte wohl weit über die Gesundheitskrise hinaus bestehen bliebe, halte ich für realistisch.

Realistisch insofern, dass eine schleichenden Veränderung unseres Rechtssystems letztlich auch eine negative, die Grundrechte einschränkende Werteänderung des Grundgesetzes zur Folge haben könnte und die Polizei nach dieser „neuen“ Rechtsordnung handeln würde (müsste). Die Rolle der Polizei im „NS-Staat“ zeigt ja exemplarisch, wie übergangslos sich die Polizei den neuen Rechtsnormen unterworfen hat. Es war ja geltendes Recht!

Als pensionierter Schutzpolizist arbeite ich ehrenamtlich in der Polizeihistorischen Sammlung der Berliner Polizei. In einem Raum zeigen wir, wie die Polizei unmittelbar nach der Machtübernahme im Januar 1933 als Gesamtorganisation dem neuen System untergeordnet wurde. Wir erleben doch gerade innerhalb der EU, wie sich in einigen Ländern Rechtsnormen negativ ändern, die Polizeien dieser Länder sie umsetzt und zur Geltung verhilft. Weltweit sieht es in vielen Ländern noch viel schlimmer aus!

Ich stelle inzwischen oft die Frage, ob die Polizei ein Garant für den Erhalt unseres demokratischen Rechtsstaats ist! Auch und gerade dann, wenn infolge politischer Veränderungen und Einflussnahmen Rechtsnormen gesetzt würden, die wir heute als rechts- und verfassungswidrig ansehen. Die zur Exekutive gehörende, weisungsgebundene Polizei hat als Gesamtorganisation immer und zu allen Zeiten geltendes Recht zu beachten und durchzusetzen gehabt. Sie hat es auch immer getan, und wird es auch immer tun!

Ich verbinde daher meine ganze Hoffnung damit, dass es uns allen gemeinsam gelingt und am Herzen liegt, die unverzichtbaren Normen des Grundgesetzes zu bewahren, damit, wie es der letzte Absatz des Artikels ausdrückt, sich das polizeiliche Handeln am Grundgesetz ausrichtet und die Polizeibeschäftigten zu ihrer sich daraus ergebenden Verantwortung stehen.

**Hartmut Pech, Berlin**

**ZU:**

### **Leserbrief des Kollegen Klinger, DP 5/20**

Dem Leserbrief des Kollegen Klinger kann man nur zustimmen. Gewalt gegen Einsatz-

## Forum

kräfte wird verharmlost. Werden Polizeibeamte von linken Chaoten tätlich angegriffen, spricht die Presse von Gerangel. Greifen Einsatzkräfte energisch durch wird dies als Polizeigewalt tituliert. Die Position der GdP im DGB scheint mir schwächer und unbedeutender denn je. Solange DGB-Abordnungen bei Großdemonstrationen einträchtig mit Autonomen und dem schwarzen Block in einer Reihe marschieren, fühlen sich die Kollegen irgendwie im falschen Film. Seit Jahrzehnten nutzen gewisse Gruppen ihre DGB-Mitgliedschaft (und seit einigen Jahren auch ihr Pseudo-Engagement in Kirchen) aus, um ihre politischen Ansichten und Aktionen zu legitimieren. Und Politiker gewisser Parteien sympathisieren, entschuldigen und unterstützen teilweise die gewaltbereiten Demonstranten (so die Linke beim G20 in Hamburg, bei Krawallen in Berlin und Leipzig). Aber es kann ja sein, dass man diese Parteien bei der nächsten Wahl als Mehrheitsbeschaffer braucht. Da kann man ihnen ja jetzt nicht auf die Füße treten. Genau wie es der Kollege Klinger beschreibt. Quasi alle gegen die Polizei, die steht letztlich alleine da und soll die Kastanien aus dem Feuer holen.

**Markus Knorr, Oberthal/Steinberg**

**ZU:**

### **Rechtsextremismus, DP 5/20**

Herzlichen Glückwunsch und Anerkennung zum Inhalt des Mai-Heftes! Insbesondere „Die Sprache der neuen Rechten“ und „Die rechte Bedrohung“ haben mir aus der Seele gesprochen. Die Artikel passen auch gut zu den Beiträgen über „Fehlenden Respekt für Polizeibeamte“ im Leserforum. Die Diskreditierung unseres Rechtsstaates und seiner Institutionen hat meiner Meinung nach nicht mehr nachvollziehbare Formen angenommen.

Während aus dem Ausland versucht wird, durch „Fake News“ einen Zersetzungsprozess in unserem Land zu generieren (Russland, China), arbeiten im Inland rechte und linke Gruppen sowie Parteien, islamistische Kader und Verschwörungstheoretiker ebenfalls an diesem Ziel. Leider haben sich auch in unseren Reihen Sympathisanten dafür gefunden! Hinzu kommt noch die zum Teil weltweit operierende organisierte Kriminalität.

Dies sollte all denen zu denken geben, die heute wegen der Beschränkungen durch die

Corona-Krise schon ihre Freiheit gefährdet sehen!

**Carol Strauch, Falkensee**

**ZU:**

### **Corona, Rechtsextremismus, DP 5/20**

In der jetzigen Zeit der Corona-Krise halte ich die Präsenz und die Stellungnahmen unseres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jörg Radek, den ich aus meiner aktiven Zeit persönlich kenne, für beachtenswert. Seine klaren Aussagen gegen rechte und andere Gewalt, machen den Kolleginnen, Kollegen und der Öffentlichkeit deutlich, in welcher Gefahr wir uns als demokratische Gesellschaft befinden. Sein Kommentar „Vor die Lage kommen“ zeigt, wie die Lage in unserer Republik ist, und dass wir uns alle wehren müssen.

Auch der Artikel „Die Sprache der neuen Rechten“ hat mich beeindruckt und mir gezeigt, dass ich mich zwar als aufgeklärten Demokraten betrachte, ich jedoch viel weniger Kenntnis davon habe, was bei den Rechten tatsächlich vor sich geht. Mein Dank gilt Prof. Dr. Joachim Scharloth und vor allem Jörg Radek. Wir sollten als GdP viel mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten.

**Norbert Weinbach, Lorsch**

**ZU:**

### **Rechtsextremismus, DP 5/20**

Die Artikel der Herrn Professoren und Wissenschaftler, diesmal sind es Prof. Scharloth und Dr. Goertz, haben es mir angetan. Gibt es wirklich nur „böse Rechte“ und „gute Linke“. Ich habe den Eindruck, dass die Verurteilung von Linksradiakalen nach gewalttätigen und undemokratischen Vorfällen, schon eine fahrlässige Empörung ist. Deshalb gibt es ja immer mehr Ableger in der linken Szene, die alle unter dem Deckmantel des Bündnisses gegen rechts operieren. Aber klar ist auch, dass nicht alle Rechten potenzielle Nazis, Rassisten, Extremisten, Terroristen oder Antisemiten sind.

Für mich wiegen die subversiven Äußerungen und Verhaltensweisen des linken Spektrums schwerer, als die Phrasendrescherei der Rechten.

**Günter Klinger, Fürth**

**DP**  
**DEUTSCHE POLIZEI**



**Nr. 6 | 69. Jahrgang 2020**  
**Magazin und Organ der**  
**Gewerkschaft der Polizei**

**Erscheinungsweise und Bezugspreis**

Monatlich 2,90 € zzgl. Zustellgebühr  
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

**Herausgeber**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
Telefon 030 399921-0  
Telefax 030 399921-200

**Redaktion**

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur  
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter  
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

**Redaktionsassistentz**

Johanna Treuber  
gdp-pressestelle@gdp.de  
Telefon 030 399921-113  
Telefax 030 399921-29113

**Gestaltung und Layout**

Andreas Schulz, karadesign

**Titelbild**

karadesign

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

**Verlag**

**Deutsche Polizeiliteratur GmbH**  
**Anzeigenverwaltung**  
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei**  
Forststr. 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211 7104-183  
Telefax 0211 7104-174  
av@vdp-polizei.de

**Geschäftsführer**

Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleitung**

Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 43 vom 1. März 2020.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

**Druckauflage**

190.311 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung**

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 1452, 47594 Geldern  
Telefon 02831 396-0  
Telefax 02831 396-8987

# BASISLEHRBUCH KRIMINALISITIK

Strategien und Techniken  
der Verbrechensaufklärung und -bekämpfung

Von **Christoph Keller (Hrsg.)**.



1. Auflage 2019

**Umfang:** 872 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 34,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0826-7

Das vorliegende Buch führt ausführlich in alle relevanten Themenbereiche der Kriminalistik ein. Die enthaltenen 20 Kapitel leiten sich ab aus den Lehrinhalten polizeilicher (Fach-) Hochschulen der Länder und des Bundes sowie aus praktischen Bedürfnissen der polizeilichen Kriminalitätsbekämpfung und -sachbearbeitung.

Abgehandelt werden von den Autoren sowohl die klassischen Themen (Einbruch, Raub, Brand, Todesermittlungen usw.), wie auch neuartige Phänomene (z.B. Cybercrime, Islamistischer Terrorismus, Reichsbürger und Selbstverwalter). Dabei vermitteln sie grundlegendes Wissen über kriminalistische Fragestellungen, verbunden mit den strafprozessualen Fragen in seinen nationalen und internationalen Bezügen. Zulässigkeit und Grenzen polizeilicher Ermittlungstätigkeit werden dabei in den jeweiligen Kapiteln anhand von Fallbeispielen aus dem polizeilichen Alltag und Lösungshinweisen unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung dargestellt.

Insgesamt gibt das Werk damit einen breit gefächerten und aktuellen Überblick über die kriminalistische Praxis und stellt zudem neue strategische und taktische Ansätze bei der Kriminalitätsbekämpfung dar. Es richtet sich damit an alle im Polizeidienst tätigen Personen, die mit Fragestellungen rund um das Thema „Kriminalistik“ zu tun haben. Studierenden steht das Handbuch insbesondere als Hilfsmittel zur Vorbereitung auf Prüfungen und Klausuren sowie als wertvolles Nachschlagewerk zur Verfügung.



**DER HRSG.**

*Christoph Keller, Polizeidirektor, hauptamtlicher Dozent für Eingriffsrecht und öffentliches Dienstrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

**Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)**

# POLIZEILICHE PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Ein Praxisleitfaden für den Weg zu zeitgemäßer PR

Von **Jan Schabacker**.



1. Auflage 2020

**Umfang:** 192 Seiten

**Format:** Broschur, 14,8 x 21 cm

**Preis:** 26,00 € [D]

**ISBN:** 978-3-8011-0865-6

Das Geiseldrama von Gladbeck 1988 und der Amoklauf von München 2016. Zwei einschneidende Ereignisse der deutschen Geschichte, hautnah von Polizei, Journalisten und der Öffentlichkeit in Wort, Bild und Ton begleitet, die deutlich aufzeigen, welche medialen Entwicklungen zwischenzeitlich stattgefunden haben und mit welchen Anforderungen und Herausforderungen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei mittlerweile konfrontiert wird. Denn Digitale Revolution, das Internet und nicht zuletzt Social-Media-Kanäle stellen die klassische Trennung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch innerhalb der Polizei mehr als in Frage.

Der Autor dieses Buches trägt diesen Entwicklungen Rechnung und legt ein Werk vor, das den Leser in die Lage versetzt, für die Polizei das zu tun, was heutzutage notwendig ist: Public Relations aus einem Guss zu betreiben und Themen mit guten Botschaften, Bildern, Audios und Videos auf unterschiedlichen Kanälen nach innen wie nach außen zu platzieren. Der Leitfaden als Handwerkszeug hilft dabei, Public Relation crossmedial zu denken und alle Kommunikationskanäle professionell zu bedienen und zu nutzen.



## DER AUTOR

*EPHK Jan Schabacker, Leiter der Pressestelle  
LZPD NRW, Pressesprecher.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)